Vom Wesen der Allgemeinen Arbeiter-Union

Der Kampf der Betriebsorganisationen

Die einfache Tatsache, daß die Gewerkschaften als Organisationen einer vorrevolutionären Zeit, heute zu einem wichtigen Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geworden sind, erfordert gebieterisch für die Arbeiterklasse, dies zeigen auch alle seine Niederlagen, neue Formen in Organisation und Taktik für seinen Kampf gegen den Kapitalismus zu schmieden. Die neue Klassenorganisation des Proletariats, das ist die Allgemeine Arbeiter-Union.

Das Wesen einer proletarischen Klassenkampforganisation ergibt sich aus dem Kampfziel. Das Kampfziel der in der AAU. vereinigten Revolutionären Betriebsorganisationen ist die klassenlose Gesellschaft. Die Zusammenfassung des Proletariats als Klasse ist dabei die organisatorische, die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats die methodische Form des Kampfes. Das Kampffeld der BO. ist der Betrieb, den sie zum Zwecke der Uebernahme der Produktion revolutioniert, unter Ausschließung aller Kampfmethoden, die, als reformistisch oder opportunistisch, den Kapitalismus nicht unbedingt, also nicht unter Anwendung aller revolutionären Kampfmittel, zu stürzen suchen. Da die klassenlose Gesellschaft erst mit der Verwirklichung der kommunistischen Bedürfniswirtschaft in die Erscheinung treten kann, so geht der Kampf der BO. um die Herbeiführung des gesellschaftlichen Produktionssystems durch Uebernahme der kapitalistischen Produktion. Daraus ergibt sich als Wesen der BO.:

Die BO. ist proletarische Klassenorganisation für den Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem durch Uebernahme der Produktion. Als solche ist sie gleichzeitig die gegenwärtige Verkörperung des Organisationsprinzips der zukünftigen ((klassenlosen) Gesellschaft, die auf dem Rätegedanken aufgebaut, auf dem gesellschaftlichen System der Produktion beruht, somit auf den Betrieben.

Die Entwicklung der BO. ist der Gradmesser für das Heranreifen der neuen Gesellschaft.

Als Hauptaufgaben der BO. erscheinen:

Zusammenfassung des Proletariats als Klasse in den Betrieben;

Erkämpfung der Produktionsmittel;

Uebernahme der Produktion (Befreiung der Arbeit);

Errichtung des gesellschaftlichen Systems der Produktion (Rätegesellschaft).

Das Bewußtsein der Massen des Proletariats von ihrer Existenz als kämpfende Klasse ist in der gegenwärtigen Situation notwendiger als je zuvor. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen des durch den Weltkrieg (als Auslöser) zu rasendem Tempo gesteigerten Zerfalls der kapitalistischen Produktion haben von seiten des Kapitals, das in diesem Zusammenbruch ebenfalls um seine Existenz als Klasse kämpft, Kampfmethoden gegen das Proletariat herausgebildet, die auf die proletarischen Kampfnotwendigkeiten nicht ohne Einfluß geblieben sind. Da gleichzeitig mit dem zunehmenden Verfall der bürgerlichen Gesellschaft das Organisationsprinzip der zukünftigen (klassenlosen) Gesellschaft, der Rätegedanke, naturnotwendig ins Bewußtsein der Kämpfer für die neue Gesellschaft trat, ergab sich die Form der BO. ohne weiteres. Der Kampf der BO. muß sich deshalb im weitesten Maße auf diejenigen proletarischen Organisationsformen erstrecken, die ihrem Wesen nach (da aus den heutigen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und damit den gegenwärtigen Kampfnotwendigkeiten keineswegs entsprechenden Entwicklungsphasen des Klassenkampfes stammend) nicht imstande sein können im Kampf der proletarischen gegen die bürgerliche Klasse die Offensive zu ergreifen. Dies sind alle auf der „Demokratie" fußenden, mit parlamentarischen und gewerkschaftlichen Mitteln arbeitenden Organisationen der Arbeiterschaft.

Das Kapital versucht die Verschleierung und Komplizierung des Klassenkampfes unter Zuhilfenahme der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Bureaukratie, um die Offensive des kämpfenden Proletariats zur Unmöglichkeit zu machen und den Kampf proletarischerseits auf bloße Verteidigungsmaßnahmen, Versuche der Abwehr der schärfsten Auswüchse, der Ausbeutung und Unterdrückung zu beschränken. Damit würde der Klassenkampf auf das Niveau des Schachers um einen mehr oder weniger fühlbaren Grad der Verelendung beibehalten, ein Umstand, der ganz im Interesse aller sogenannten Arbeiter„führer" liegt, die mit höheren Lohnziffern die Illusion einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft zu erhalten bestrebt sind. Die Erkenntnis vom Wesen dieser Fälschung, dieses Verrats, wächst aber ständig im Proletariat. Und damit auch die Einsicht von der Notwendigkeit neuer Kampfmethoden.

Die Betriebsorganisation ist durch ihren rein proletarischen Aufbau allein imstande, jeglichen Versuch, im Rahmen des Kapitalismus zu „kämpfen", was seinen Zusammenbruch immer aufhält, auszuschließen und sich auf den Angriff gegen den Kapitalismus zu konzentrieren. Dies hat seine Ursache in der Einstellung zur gegenwärtigen chaotischen Krise des Weltkapitalismus: daß die Produktionstechnik bereits über die Organisationsformen, die der Kapitalismus noch bewältigen könnte, hinaus sich entwickelt hat und daß die Lösung dieser Krise, die das Todeszucken des Riesenkörpers des Weltkapitals darstellt, nicht mehr durch den Kapitalismus und seinen Träger, die Bourgeoisie, gelöst werden kann, sondern nur durch die proletarische Klasse, die allein noch Träger der hochentwickelten Produktionstechnik ist. Deshalb ist die Organisationsform, in die zusammengefaßt allein das Proletariat den Entscheidungskampf zum Sturze des zerrütteten Kapitalismus führen kann, nur in dem strukturellen Prinzip zu finden, das zugleich Aufbauprinzip der neuen proletarischen Gesellschaft ist, die Räteorganisation, die das im Produktionsprozeß stehende Proletariat aus sich heraus entwickelt. Die als Opfer des kapitalistischen Zusammenbruches, die Arbeitslosen sind da natürlich einbegriffen; ja, in diesem Teil des Proletariats, der überhaupt keine Lebensmöglichkeit im Kapitalismus hat, der bereits verwirklichtes Chaos der Wirtschaft darstellt, ist der ökonomische Zwang zum Kampf am stärksten entwickelt.

Worin besteht nun der offensive Charakter der BO.? Darin, daß ihr Kampf nicht mehr Kampf um Arbeitsbedingungen im Kapitalismus ist, um einen mehr oder weniger fühlbaren Grad des Ausgebeutetseins, sondern Kampf um die ausschließliche Macht des Proletariats in Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Kampf wird unter Einsetzung aller Kampfmittel des Proletariats geführt, als unbedingt revolutionär und unter vollster Selbstverantwortung des Einzelnen für die proletarische Revolution gegen den Kapitalismus; er selbst ist ja ein Stück Gehirn und Leben der Revolution. Denn es geht um die Macht und um die Produktion. Das Proletariat will die Produktion nicht mehr dem Profitwillen des Kapitals unterordnen, sie nach Laune lahmlegen, verschieben oder versteuern lassen, sich selbst durch alle Grade bis zur dauernden völligen Arbeitslosigkeit verelenden, ausbeuten und unterdrücken lassen; sondern: die Gestaltung der Produktion nach dem Bedürfnis der arbeitenden Klasse selbst regeln, unter voller und ausschließlicher Verantwortung des Proletariats, das aus der Produktion, in der Produktion stehend, die Rätegesellschaft entwickelt. Deshalb, solange das Kapital an der Macht ist, Kampf um die Produktion, um die Betriebe, in den Betrieben mit den unverfälschten, auch mit den primitiven proletarischen Kampfmethoden. Das ist der Kampf der BO.

Der Wille, den Kampf um die Produktion mit Einsetzung aller Kräfte der proletarischen Klasse zu führen, kann nur der Erkenntnis entspringen, daß der Kapitalismus nie wieder imstande sein kann, die zerstörte Produktionsgrundlage neu aufzubauen, selbst mit Hilfe der Arbeiterschaft nicht. Leider ist diese Erkenntnis noch nicht weit genug innerhalb des Proletariats vorgedrungen. Die wichtigste Aufgabe der BO. ist es daher, in den Betrieben und auf den Nachweisen für die Durchdringung der Arbeitermassen mit der Einsicht in ihre Kampfnotwendigkeiten zu sorgen. Je gewaltsamer die Methoden der Bourgeoisie sind, ihre eigene Unfähigkeit der Wiederherstellung der Produktion zu verschleiern, um den Profit zu retten, desto klarer tritt hervor die Aufgabe der BO.: die Massen des Proletariats auf das einzige Ziel der Klasse hinzuweisen, sie für den Kampf zu vereinigen und, unter Vorangehen des klassenbewußtesten und aktivsten Teils der Klasse, in den Kampf zu führen. Dieser Kampf ist aufzunehmen, wo sich — selbst scheinbar geringfügige — Gelegenheiten dazu bieten, und immer ist zu versuchen, ihn aus kleinen Anfängen vorwärtszutreiben zum machtpolitischen Entscheidungskampf.

Der Hunger geht spazieren

Wochenlang hatte die RGO. Ruhrgebiet mit vielem Tamtam und Trara für den 25.—27. Oktober einen Hungermarsch der Erwerbslosen des Ruhrgebiets nach Dortmund angekündigt. In der „Erwerbslosen-Zeitung", wurde ein Aufmarschplan bekanntgegeben, welcher jedem Generalstab Ehre gemacht hätte. Ob der Urheber desselben in der „Roten Armee" Schule gemacht hat, läßt sich leider nicht feststellen. Ebenso wird es wohl für immer ein Geheimnis bleiben, ob man in echt ritterlicher Gesinnung dem Gegner die Gelegenheit geben wollte, sich in Muße auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Noch wenige Tage vor oben genanntem Termin wurden in großer Menge Flugblätter verteilt, in welchen mit längst abgedroschenen Phrasen für den Hungermarsch Stimmung gemacht wurde. Aber selbst mit der stärksten Lupe war kein Wörtchen zu entdecken, welches auf die wirkliche Ursache der elenden Lage des Proletariats, nämlich über die die ganze Welt lahmrasende Wirtschaftskrise hinwies. Dementsprechend sahen denn auch die aufgestellten Forderungen aus. Man kann dieselben in jeder beliebigen „KPD.-Zeitung" gleich welchen Jahrganges so ungefähr 4—6 Wochen vor Weihnachten finden. Am Schluß stand die Parole: „Es wird marschiert auf jeden Fall". Aber: ersten kommt es anders und zweitens als man denkt. Der Polizeipräsident von Dortmund verbat es sich ganz energisch, die Straßen seiner schönen Stadt mit den Anwärtern des Gasthahns zu füllen. Diesem Beispiel folgten seine Kollegen in den anderen Städten des Ruhrgebiets. Aber wer den Verstand auf dem rechten Fleck hat, findet überall einen Ausweg. So wurden denn noch am Sonnabend, den 25. Oktober Flugblätter verteilt, in welchen weidlich über das Verbot geschimpft wurde, und zum Schluß „Der Hungermarsch ist verboten, aber niemand kann uns daran hindern, am Sonntag abend zwischen 6 und 8 Uhr in den Straßen Essens spazieren zu gehen." In verschiedenen Versammlungen war den Erwerbslosen noch ans Herz gelegt worden, sich ja nicht provozieren zu lassen. Sehr begreiflich bei einem Spaziergang muß doch die Gemütlichkeit gewahrt werden. So erzählte in Essen-Borbeck ein Redner in der rührendsten Weise, wie opferwillig die Geschäftsleute der IAH. Spenden für die Teilnehmer des Hungermarsches überwiesen hätten und ermahnte die Erwerbslosen, sich nicht durch einige Pfund Wurst in den Schaufenstern verführen zu lassen. Es soll hier durchaus nicht ziellosen Plünderungen das Wort geredet werden, aber wenn man schon seinen Hunger demonstrieren will, so kann man es wohl am besten dadurch, daß man sich etwas nimmt, um denselben zu stillen. So hätte denn nach all diesen Vorbereitungen aus dem mit so viel Geschrei angekündigten Hungermarsch, auch wirklich ein gemütlicher Spaziergang werden können. Aber die Ordnungs-Bestien wollten es anders. Ueberall wo sich Ansammlungen bildeten, gingen die Banditen rücksichtslos mit dem Gummiknüppel vor. Bezeichnend für die fliehende Gesinnung der Proleten ist es, daß der Gummiknüppel überall genügte, um die Ansammlungen zu zerstreuen. Nur an wenigen Stellen wurde ernsthafter Widerstand geleistet. An einer Stelle haben die Kosaken des „Kleinen Metallarbeiters" offensichtlich ohne jeden Grund aus einem Auto heraus einige Schüsse abgefeuert, ohne aber jemand zu verletzen. Wer beim „Hunger"schreien ertappt wurde und nicht schnell genug verschwand, wurde verhaftet. Die Zahl der Verhaftungen soll in die Hunderte gehen. Gegen 9 Uhr abends begannen sich dann die Straßen zu leeren und das Theater war vorbei. Denn anders kann man die Sache nicht nennen. Wäre die KPD. wirklich gewillt gewesen, den Hungermarsch zu einem Auftakt revolutionärer Kämpfe zu gestalten, warum beschränkte sie dann denselben auf das Ruhrgebiet? Hungert das Proletariat nicht in ganz Deutschland?

Aber das war den Herren „revolutionären" Führern scheinbar doch zu riskant. Denn bei einer derartigen Bewegung im ganzen Reich hätte es doch hier und da Explosionen geben können, und revolutionäre Kämpfe sind diesen Leutchen scheinbar schon verhaßt wie Pest. Jedenfalls haben diese Politikanten wieder ihren Zweck erreicht. Sie haben den Erwerbslosen gezeigt, daß sie etwas für sie tun wollen. Es ist aber höchste Zeit, daß die Proleten endlich einsehen, daß keine Partei ihnen helfen kann, kein Hitler und kein Thälmann, sondern nur sie selbst. Haben sie erst dies erkannt, dann werden sie auch den Weg finden zum Zusammenschluß in den Betrieben und auf den Stempelstellen. Nur dort ist die Grundlage für die eisernen Kaders der proletarischen Revolution. Heute, wo die ganze Welt von einer Wirtschaftskrise erschüttert wird, aus welcher es keinen Ausweg mehr gibt, gilt es nicht mehr zu kämpfen gegen die hohen Gehälter der Minister, für einige Mark Winterbeihilfe oder einige Zentner Kartoffeln und Kohlen, sondern um den Sturz des ganzen kapitalistischen Systems. Nicht Hungermarsch, nicht Streik um einige Pfennige Lohn steht auf der Tagesordnung. Die Kampfparole des Proletariats kann nur sein: „Generalstreik auf der ganzen Linie! Uebernahme der Produktion in die Hände des Proletariats! Alle Macht den Räten!"

Die Wirtschaftsdemokraten

Wir leben in einer Republik. Alles wird „demokratisch" regiert. Auch das Arbeitsverhältnis, die Stellung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird „demokratisch" gesetzlich durch das Betriebsrätegesetz geregelt. Das anerkennt sogar das Unternehmertum und bescheinigt den besonders tüchtigen Betriebsräten seine anerkennenswerte Mitarbeit im Abgangszeugnis. Wir lesen im „Abend" vom Sonnabend, den 25. 10. 30 in einer Notiz folgendes:

„Ein Unternehmen hatte einem Angestellten in Frankfurt a. M. bei dessen Austritt in einem sehr guten Zeugnis bemerkt, daß er es nicht nur verstanden habe, sich das Vertrauen der Kundschaft zu erwerben, **sondern daß ihm das Vertrauen seiner Kollegen auch in den Betriebsrat berufen hatte und daß er später sogar der Vorsitzende des Betriebsrats gewesen sei.**"

Also da habt ihr es Proleten! Das Vertrauen seiner Kollegen hat ihn in den Betriebsrat berufen. (Jetzt fehlt nur noch der unergründliche Ratschluß Gottes.) Es war gut gemeint von dem Herrn Chef, ihm dieses noch zu bescheinigen. Leider hatten die anderen Herren Unternehmer nicht das genügende Verständnis dafür und lehnten den vertrauenswürdigen Betriebsrat trotz der guten Zeugnisse ab.

Der Angestellte versuchte nun ein anderes Zeugnis ohne die Bemerkung über die Zugehörigkeit zum Betriebsrat zu erlangen. Da sein Prinzipal sich weigerte, mußte er ihn vor das Arbeitsgericht zitieren. In dem Artikel des „Abend" heißt es dann weiter:

„In der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht lehnte der Beklagte die gewünschte Aenderung mit dem Bemerken ab, **daß es in der heutigen Zeit jedem Arbeitgeber nur angenehm sein könne, wenn er wisse, daß er mit den Bewerber einen Gehilfen erhalte, der in Betriebsräten den ihm auferlegten Pflichten des Betriebsrätegesetzes in vollem Umfange Rechnung trage.** Wegen der prinzipiellen Bedeutung der Klage beantragte der Beklagte auf jeden Fall die Zulassung der Revision gegen das Urteil des Arbeitsgerichts."

Das Gericht hatte also mehr Einsehen mit so tüchtigen Leuten, und verurteilte die Firma, das Zeugnis nach den Wünschen des Klägers zu ändern.

Der „Abend" drückt dieses mit Wohlbehagen ab, um den Proleten zu zeigen, daß es noch Gerechtigkeit gibt, und führt den § 73 des HGB. an, welcher dem Inhalt der Zeugnisse bestimmte Grenzen setzt.

Das Proletariat muß endlich erkennen, daß es im Klassenstaat keine Demokratie gibt, daß Demokratie im Kapitalismus Quatsch ist. Eine Aenderung wird erst eintreten, wenn das Proletariat seine Klassenlage erkennt. Wenn es sich Organisationen schafft, die ihre Wurzel da haben, wo das Proletariat steht, im Betrieb und auf den Arbeitsnachweisen, wenn es den wahren Rätegedanken verwirklicht, zur Ueberwindung des Kapitalismus.

Verkehr hebt sich?

Günstige Septemberzahlen der BVG.? — Gesteigerte Einnahmen.

Der Verkehr der BVG. ist im Monat September 1930 gegenüber dem Vormonat von 91,6 Millionen auf 92,6 Millionen Fahrten gestiegen. Der Gesamtrückgang des Verkehrs gegenüber dem Vorjahre hat sich — die Umsteiger einfach gezählt — **von 21,2 Prozent im August dieses Jahres auf 20,6 Prozent im September vermindert.** Es ist also eine leichte Besserung der Verkehrslage eingetreten. Die Einnahmen haben sich gegenüber dem September 1929 um 325 000 Mark gesteigert.

(Abend vom 27. Oktober 1930.)

Also sind die Lütke und Brolat doch tüchtige Kerle, wenn sie bei sich zuspitzender Krise Verkehr und Profit steigern, die ihre 300 000 und 72 000 Mark Jahresgehalt verdienen. Nur dies will das Nosketreptil den sozialdemokratischen Proleten demonstrieren. Daß sie die Entlassung der 1000 Arbeiter, die schärfere Anspannung und Ausbeutung der verbliebenen Arbeiter und die Tarifverschlechterung schon vergessen haben, dessen sind die Redakteure gewiß. Wenn wer so lange denkt, liest weder den Vorwärts noch ist er bei der SPD.

Woher die „leichte Verbesserung der Verkehrslage" gegenüber dem Vorjahr kommt, wenn der Verkehr noch um 20,6 schlechter ist? Daß sich der Gesamtrückgang gegen das Vorjahr um 0,6 Proz. vermindert hat, ist auf das Regenwetter im September zurückzuführen. „Der Verkehr hebt sich", weil die SPD.-Fraktion des Berliner Stadtparlaments die Umsteigekarrene von eineinhalb Stunden auf 1 Stunde gekürzt hat und Zehntausende von Arbeitern zweimal Fahrgeld bezahlen müssen. In Wirklichkeit laufen durch die weise sozialdemokratische Kommunalpolitik und der Riesengehälter sozialdemokratischer Direktoren und Stadträte heute Zehntausende, die früher noch fahren konnten. Immerhin ist das eine nette Politik, die bei einem Verkehrsrückgang von 20,6 Proz. noch 325 000 Mark in einem Monat aus den fahrenden und für Brolat schaffenden Proleten herausschindet. Das ist der sozialdemokratische Preisabbau.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Versammlungskalender.

3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaqueistr. 24.

6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.

14. Bezirk: Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchholstr. 5.

15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.

17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38.

Nowawes.

Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Izsdonat-Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 45

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum 7 8 7832.

Berlin, 8. November 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

D.M.V. — R.G.O.

Lehren aus dem Metallarbeiterstreik

Die sogenannte Schlacht der 130 000 ist erledigt. Die Metallarbeiter haben eine schwere Niederlage erlitten. Nicht in offener Entscheidung haben sie der Uebermacht und Stärke der Unternehmer weichen müssen. Sie sind von den Urich und Konsorten wie gerupfte Hunde in die Betriebe zurückgejagt worden. Der Familienopposition wurde zur Beruhigung eine homöopathische Urabstimmungspille in den Mund gesteckt. Jetzt kommt Fortsetzung der Tragödie von Nordwest, Marke Severing. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat als Zwangsschlichter den deutschnationalen Oberbürgermeister Dr. Jarres, den sozialdemokratischen Professor Dr. Sinzheimer und als Vorsitzenden den ultramontanen Dr. Brauns bestimmt. Die drei „Unparteiischen" sollen in der ersten Novemberwoche einen neuen Prozentsatz des Lohnabbaues festsetzen, der endgültig ist. Unternehmer und Gewerkschaften haben beide freudigen Herzens zugestimmt. Als alte treue Freunde kennen beide ihre Schlichter.

Das Vorwärtsreptil trompetet auf allen Gassen dieses Abkommen als einen Sieg aus, gegenüber der Nichtverbindlich-Erklärung des 1. Schiedsspruches. In einem Artikel vom 2. November „Vor dem Spruch" macht dieses Zentralorgan die alte muffige Gefühlskiste auf und entwirft ein lyrisches Intermezzo als Vorschau von dem fürchterlichen Ringkampf der drei Unparteiischen, auf dem sich jetzt der sozialdemokratische Klassenkampf reduziert. Im innersten Herzen sind Vorwärts und Gewerkschaften heilfroh, daß der Streik so polizeifromm und gesinnungstüchtig verlaufen ist, daß die Notstandsarbeiten brav und treu erledigt wurden. Für den kleinen Metallarbeiter Severing war es diesmal noch nicht nötig, außer dem Gummiknüppel noch härtere Mittel gegen die aufgeregten streikenden Volkshaufen in Anwendung zu bringen.

Bei dem Metallarbeiterstreik wurden von Unternehmern und Gewerkschaften sich gegenseitig die taktischen Bälle zugeworfen. Denn trotz allem Geschrei von Gegnern und Feinde — im Grunde sind beide einer Meinung, nämlich, daß die kapitalistische Ausbeutung gerettet werden muß. Zur höheren Ehre des Profits werden „auch die Arbeiter Opfer bringen müssen", erklärte der ADGB. Aber 15 Proz. Lohnabbau ist für den Anfang zu klotzig. Ohne Zweifel war diese hohe Forderung aufs Abhandeln gestellt, trotzdem war die Empörung der Ausgepowerten nicht zu verhindern. Die Gewerkschaften als die „berufenen Führer" stellen sich an die Spitze, um Schlimmes zu verhüten. Mit vollen Backen bläst bei Ausbruch des Streiks die Metallarbeiter-Zeitung die Fanfare, „für den DMV. ist nur das eine, das allermindeste annehmbar, der alte Tarifvertrag muß weiter in Kraft bleiben. Von irgendeinem Lohnabzug kann und darf keine Rede sein." Nun ist der DMV. leise die Chamade trällernd, in den sicheren Hafen des endgültigen, unparteiischen Schiedsspruches gelandet. Metallindustrielle und Gewerkschaften können frohlocken; auf dem Rücken der Metallarbeiter haben beide ihren Sieg erfochten. Die einen haben ihren Lohnabzug und die andern haben die geordnete Führung des Kampfes. Bei dieser Praxis von Klassenkampf siegt sich das Proletariat glücklich zum Hungertode.

Der Feldherrnruhm und die Schlachtenlenkerei wird den Gewerkschaften allerdings von der „revolutionären" Gewerkschaftsopposition streitig gemacht. Sie pries sich als die einzige strategische Kraft und die „Rote Fahne" schrieb von der Führung des Streiks durch die RGO. und ihrem wachsenden Einfluß. Mit solcher furchtbaren Fantasie macht die „Rote Fahne" nicht nur allen orientalischen Märchenerzählern fabelhafte Konkurrenz, sondern sie schwindelt bewußt. Schon am 5. September hat die RGO. den Streik für den 6. Oktober proklamiert. Wer am 6. Oktober arbeitete, waren die Metallarbeiter. Noch einmal einen Tag vor dem Streikbeginn forderte sie ohne

Aus dem weiteren Inhalt heben wir hervor:

- Die Krise des Pilsudski-Regimes in Polen
- Zum 9. November (Die Parteien in der November-revolution)
- Ein Jahr Wirtschaftskrise in USA
- Die Berliner Negersteuer
- Brüsings neuer Raubzug
- Der „rote" Magistrat spart

selbst bei den eigenen Anhängern Gehör zu finden, zum Ausstand auf.

Was ist eigentlich die RGO.? Sie ist die wie ein Posthorn verbogene bolschewistische Gewerkschaftslinie. Sie ist der völlig ideologische Zusammenbruch nach all den vielen Wandlungen und Schwankungen, die die Komintern in der Gewerkschaftsfrage gemacht hat. Das täglich mit überschnappender Stimme in der Roten Fahne herausgebrüllte Geschrei „kein Pfennig Lohnabbau", sollte nur die Hohlheit des Kraftmeiertums verbergen, mit dem die RGO. zeternd hinter den Gewerkschaftskanonen herlief. Ihre Bitte um gutes Verhandlungswetter am 17. Oktober bei dem christlichen Minister Stegerwald wurde mit einem energischen Fußtritt in den Hintern gelohnt. In ihrer gewerkschaftlichen Tarifwütigkeit biederte sie sich am 23. Oktober auch bei den Metallindustriellen an. Da sie absolut nichts als große Worte zu bieten hatte, fand sie auch hier keine Gnade. Selbst als der Streik durch eine nach allen Regeln der gewerkschaftlichen Kunst und Taktik vollzogene Kapitulation erledigt war, und der Groll der Streikenden bis tief in die Reihen sozialdemokratischer Kleinbürger erwachte, wurde ihre Parole, „Der Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau geht weiter", nur von wenigen befolgt und endete einen Tag später mit der Aufforderung, in die Betriebe hineinzugehen.

Nach der Niederlage haben die Macher der KPD. mit viel Eifer und Tamtam die RGO. zu einer roten Talmigewerkschaft aufgeblasen. Nach dem historischen Dokument kommt die „historische Gründungskonferenz", der „erste Durchbruch der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland", wie die „Rote Fahne" schrieb. Als billiger Jakob mit niedrigen Beiträgen soll der Rote Einheitsverbandsladen eröffnet werden. Man schwatzt von Klassenorganisation, in Wirklichkeit denkt man nicht einmal daran, die eigenen Genossen aus den halbfaschistischen Gewerkschaften herauszuziehen. Dieser rote Verband ist nichts anderes als ein Wechselbalg von gewerkschaftlicher Bornierthheit, gepaart mit geschäftstüchtigem Schacher. Die KPD. will die Zusammenfassung aller Ausgebeuteten zu einer wirklich revolutionären Klassenorganisation verhüten. Für sie ist der Rote Verband nur ein Netz um die sich von der Gewerkschaft wendenden Proletarier aufzufangen, um sie bei passender Gelegenheit wieder in den gewerkschaftlichen Stall zurückzujagen.

Ebensowenig wie von historischen Gründungskonferenzen darf sich das Proletariat von dem Geschrei über den Verrat der Gewerkschaften einfangen lassen. Die Gewerkschaften selbst sind ein Bestandteil des Kapitalismus und erfüllen nur ihre historische Aufgabe, wenn sie die Begehrlichkeit der Proleten zügeln und die Republik vor dem drohenden Umsturz bewahren. Ihre Streiktaktik ist die Stützung und Fortsetzung der sozialdemokratischen Oktoberpolitik, die zur Rettung des Kabinetts Brüning mit seinen Hungerverordnungen dient. Ein Massenstreik gegen das Monopolkapital wird heute in seiner konsequenten Fortsetzung zu einem Machtkampf gegen das Profitsystem überhaupt. Er wird und muß zum Kampf um den Kommunismus führen. Dies zu verhüten, betrachten die Gewerkschaften als ihre heiligste Aufgabe. Dafür sind sie vom Staate mit 10 Millionen in bar bezahlt worden. Sie haben die Klasseninteressen des Proletariats vertauscht mit den Staatsnotwendigkeiten der Brüning-Regierung und bilden so einen Rettungsanker der zerbrechenden Ausbeutungsordnung. Wer hier von Moral spricht, ist entweder ein Dummkopf oder Betrüger.

ADGB.-Sozialismus

Jede bürgerliche Partei hat ihr Programm zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Im Mittelpunkt dieser Programme steht der Lohnabbau und die Preissenkung. Die Bourgeoisie verspricht sich von beiden Mitteln eine Steigerung der Kaufkraft und der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die Preissenkung bildet dabei nur ein Lockmittel. Das Kapital will nach außen hin glauben machen, daß auf diese Weise von ihm ebenfalls ein Opfer zur Linderung der Wirtschaftskrise gebracht wird. Dabei ist es vollkommen klar, daß die fallenden Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt allein schon ohne irgendwelchen Verlust eine erhebliche Preissenkung ermöglichen. Das Kapital will aber darüber hinaus noch durch die Senkung der Löhne einen weiteren ganz erheblichen Profit einheimsen. Es kommt ihm dabei die enorme Arbeitslosigkeit zur Hilfe, durch die es in der Lage ist, die unerhört angewachsene industrielle Reservearmee in die Wagschale zu werfen. Es möchte ferner die Belastung durch die Wirtschaftskrise restlos auf die Arbeiterschaft abwälzen. Nachdem es ihm bereits gelungen ist, den Abbau der Arbeitslosenunterstützung bis zur äußersten Grenze herabzudrücken, versucht es auf indirektem Wege den arbeitenden Teil der Arbeiterschaft zu einer Verkürzung der Arbeitszeit zu zwingen, um auf diese Weise die Kosten für die Arbeitslosenversicherung zu verringern. Wenn sich das Unternehmertum noch heute gegen die Einführung der 40-Stundenwoche streubt, so geschieht dies lediglich deshalb, weil es zuerst einen Lohnabbau durchsetzen und nachher erst die reduzierte Arbeitszeit einführen will. Es beabsichtigt also mit seiner Taktik, die Arbeiterschaft doppelt zu belasten.

Nach der Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung beträgt die Gesamtzahl der Industrie-Arbeiter in Deutschland gegenwärtig 10,5 Millionen. Wenn man die Zahl der arbeitslosen Industriearbeiter mit 2,5 Millionen annimmt, so verbleibt eine Ziffer der Beschäftigten von 8 Millionen. Von diesen arbeiten ungefähr 2 Millionen bzw. 25 Prozent verkürzt. Es bleiben danach 6 Millionen vollbeschäftigte Industriearbeiter. Die Arbeitsmöglichkeit für diese 6 Millionen geht immer weiter zurück. Ein großer Teil wird arbeitslos werden müssen, wenn er nicht ebenfalls auf Kurzarbeit gesetzt wird. Das Kapital muß erst diese Arbeiter genügend mürbe machen, indem es unter dem Druck der drohenden Arbeitslosigkeit höhere Leistungen herausholt. Sobald dies der Fall ist und auch der Lohnabbau sich vollzogen hat, wird das Kapital auch seinen Segen zur Einführung der 40-Stundenwoche geben.

Allmählich soll sich auf diese Weise die Verelendung der Massen auf friedlichem Wege vollziehen. Dieser Weg des inneren Wirtschaftspazifismus ist selbst für die Gewerkschaften klar geworden. Sie haben sich daher gezwungen gesehen, ihrerseits ein Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise auszuarbeiten.

Der ADGB. hat in seiner Zeitung vom 12. und 13. Oktober 1930 eine Entschließung angenommen, zu der Leipart erklärt, daß der Vorschlag der Arbeitszeitverkürzung nur für die Zeit einer Konjunktur gedacht sei. Jetzt aber werde die Forderung zu einer bitteren Notmaßnahme. Diese Charakteristik besagt, daß der ADGB. nicht mit seiner Parole der 40-Stundenwoche ein Programm der um Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse kämpfenden Arbeiterschaft, sondern eine Forderung des Unternehmertums durchführen will. Er sieht voraus, daß das Kapital von den Gewerkschaften nach dem Lohnabbau auch diese Forderung stellen wird. Sein Plan geht dahin, schon jetzt die Arbeitszeitverkürzung auf der Grundlage der gegenwärtigen Löhne zu erreichen. Die Gewerkschaften wollen gleichzeitig auch die Arbeiterschaft an den Gedanken dieser Form

Die Berliner Metallarbeiter haben eine Niederlage erlitten. Eine verlorene Schlacht eines Corps ist noch kein verlorener Krieg der gesamten Streitkräfte. Aber die Arbeiterklasse muß begreifen, daß die Sache der Metallarbeiter ihre Sache war und ist. Nur wenn die Ausgebeuteten als Klasse auf der ganzen Linie den Kampf für eine neue Ordnung mit aller Rücksichtslosigkeit aufnehmen und vom Massenstreik zum revolutionären Aufstand schreiten, ist die Gewähr des Sieges gegeben. Nur wenn die Lohnsklaven ihre Befreiung als ihr eigenes Werk selbst in die Hand nehmen und sich als Klasse organisiert dem Kapital stellen, wird die Frage Kommunismus oder Untergang in die Barbarei entschieden sein.

der Lohnverkürzung gewöhnen. Die sofortige Durchführung der 40-Stundenwoche wäre für sie ein Erfolg. Sie haben aus diesem Grunde auch die Preußenregierung veranlaßt, in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm diesen Punkt mit aufzunehmen und Brüning zu empfehlen. In der bürgerlichen Presse wird auch stark Propaganda für diesen gewerkschaftlichen Plan gemacht. Es werden genau Berechnungen veröffentlicht, wieviel Arbeitslose auf diese Weise in den Produktionsprozeß eingereiht werden können. Die Ergebnisse dieser Berechnungen sind je nach den Interessen verschieden. Die Handelspresse verspricht sich eine Verminderung der Erwerbslosenziffer von 500 bis 650 Tausend. Das reichsamtliche Konjunktur-Forschungsinstitut kommt bei einer restlosen Durchführung der ADGB.-Forderungen sogar zu einer Ziffer von 1½ Millionen. Wilhelm Eggert vom ADGB. macht folgende Schätzung auf:

Durch die Abschaffung der Ueberstunden	150 000
Infolge der 40-stündigen Arbeitswoche	500 000
Durch Erhöhung der Personale der Reichsbahn und der Reichspost um 10 Prozent	100 000
Privatangestellte	100 000
Zusammen	850 000

Es ist dieses eine typische Milchmädchenrechnung. Einmal denken Reichsbahn und Reichspost garnicht daran, 100 000 Personen neu einzustellen. Es würde dies praktisch nur zu einer Erhöhung des Tarifes führen. Eine solche Forderung würde gegen das bürgerliche Programm der Preissenkung verstoßen. Die Ueberstundenwirtschaft hat infolge der Krise ganz erheblich abgenommen. Es ist daher garnicht verständlich, wie auf diese Weise die Einstellung von 150 000 Personen erzielt werden kann. Schon die Differenz von 1,5 Millionen und 600 000 zwischen der Schätzung des Konjunkturinstituts und des ADGB. beweist, auf welch unsicherem Boden überhaupt der Vorschlag der Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit steht. Schließlich ist überhaupt nicht berücksichtigt, daß durch die steigende Krise auch mit einer steigenden Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, so daß als Endeffekt nur das Opfer der Arbeiter übrig bleibt. Von einer Erhöhung der Einstellungsziffer wird nichts zu merken sein. Die Presse des Industriekapitals beweist dies schon jetzt in ihrer Polemik gegen den ADGB.-Plan. Ihre Taktik geht dabei dahin, die Annahme der 40-Stundenwoche hinauszuzögern und dann nach der Annahme, die sozusagen dem Industriekapital von den Gewerkschaften aufgezwungen werden soll, nachzuweisen, daß dieses Rettungsprogramm des ADGB. ein Schlag ins Wasser gewesen ist.

Es ist selbstverständlich, daß der Kampf des ADGB. für die 40-Stundenwoche kein Manöver ist. Der beste Beweis ist die Erklärung von Leipart und Eggert, daß es unbillig und unvernünftig sei, die Verkürzung der Arbeitszeit völlig ohne Lohnausgleich eintreten zu lassen. Es wird ganz offen erklärt, daß die durch Einstellung von Arbeitslosen erzielten Ersparnisse den Unternehmern zum Lohnausgleich angeboten werden können. Praktisch geht also dieser Plan auf eine Subventionierung des Industriekapitals aus. Der maßgebende Mann in Preußen, Ministerialdirektor Brecht berechnet, daß bei einer Lohnsenkung von 5,6 Prozent die Arbeiter unter Zugrundelegung eines Arbeitseinkommens von jährlich 3000 Mark 167 Mark im Jahre weniger verdienen würden, daß aber dafür die Kaufkraft der neueingestellten Arbeiter von Tausend auf 2833 RM. erhöht würde. Das Reich sollte dann seinerseits für jeden neu eingestellten Arbeiter 1000 Mark im Jahre Lohnbeihilfe zahlen. Dies könnte aus der Ersparnis der Auszahlungen der Erwerbslosenbeiträge erfolgen. Bei dieser Rechnung wird aber nicht berücksichtigt, daß der Etat der Reichsversicherungsanstalt nicht 3 Millionen Erwerbslose eingestellt ist. Praktisch will also das Industriekapital genau so wie die Landwirtschaft eine Subvention erreichen. Dabei faßt sie auf dem Programm des ADGB. selbst. Es dürfte ohne weiteres klar sein, daß dieses Programm mit Sozialismus nicht das Geringste zu tun hat. Der ADGB.-Sozialismus entspricht nicht einmal den Anforderungen einer sozialistischen ABC-Fibel. Die Gewerkschaften sind im Laufe der arbeitsgemeinschaftlichen Entwicklung auf die letzte Stufe der Handlanger des Kapitals herabgesunken. Ihre Rolle offenbart sich am besten in der Wirtschaftskrise.

In der Vorkriegszeit beruhte das reformistische Programm der Gewerkschaften auf Erhaltung der in der Konjunktur, den Arbeitgebern abgerungenen Löhne in Krisenzeiten. Heute arbeitet der ADGB. für das Kapital selbst. Pläne auf Herabsetzung der Arbeitslöhne aus, um das Kapital vor den Folgen der Wirtschaftskrise zu bewahren. Die freien Gewerkschaften denken garnicht daran, die 40-Stundenwoche zu erkämpfen mit dem Ziel eines gleichbleibenden Reallohnes. Sie selbst fassen ihre Forderungen als eine vorübergehende Notmaßnahme auf, die mit der Beendigung der Wirtschaftskrise wegfällt. Als verständige kapitalistische Wirtschaftspolitiker wagen sie es nicht dem Kapital eine solche Belastung zuzutrauen. Sie befürchten, daß die Ankurbelung der Wirtschaft, von der sie die Lösung der Krise erhoffen, unterbunden würde. Es ist ihnen völlig klar, daß die kapitalistische Wirtschaft nur bestehen kann, wenn die Ausbeutung der Arbeiterschaft gesteigert wird. Ihr ganzes Sinnen und Trachten geht daher nur darauf, die Verstärkung der Ausbeutung ohne eine Rebellion der Arbeiterschaft zu ermöglichen. Deshalb wollen sie dem Kapital so schnell als möglich helfen, um ihm auf diese Weise doppelt zu helfen. Das Kapital will aber, daß ihm vierfach geholfen wird. Um diese zu starke Forderung zu vermeiden, verzichtet der ADGB. durch parlamentarische Maßnahmen von der Brüning-Regierung eine gesetzliche Festlegung des Maßes der Ausbeutung gemäß seinem Programm zu erreichen.

Um dieses Ziel durchzusetzen, verspricht der ADGB. der Regierung Brüning seine Unterstützung in der Revision des Youngplans. Die sonst so erfüllungsfreudigen Gewerkschaften stellen auf einmal fest, daß „die schwere Reparationsbelastung nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft gefährdet, sondern daß sie auch die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet, erschwert." Der ADGB. beruft sich hierbei darauf, daß die Gewerkschaften schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten seien. Diese Demagogie ist sehr billig. Für diesen Plan traten auch sämtliche Ententestaaten ein, denen ebenfalls nichts Besseres passieren konnte, als daß das amerikanische Kapital auf seine Forderungen verzichtete. Damit kann der ADGB. nicht vergessen machen, daß gerade die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die eifrigsten Verfechter der Erfüllungspolitik gewesen sind. Sie haben den neudeutschen Imperialismus in den Sattel gehoben und wollen ihm mit ihrer erneuten Forderung seine weitere imperialistische Entwicklung garantieren. Warum fordert der ADGB. nicht Streichung des Reichswehretats, Absetzung der Panzerkreuzerraten. Es wäre dies doch auch ein praktischer Weg zur Verminderung der Belastung der Arbeiterschaft. Es scheint aber realpolitisch nicht denkbar, weil er nicht in das Programm der Bourgeoisie paßt. Außerdem kann man sich ja nicht den Vorwurf mangelnder nationaler Gesinnung mehr machen lassen, nachdem selbst die rev. KPD. diesen nationalen Wunsch der deutschen Bourgeoisie anerkannt hat. Es ist ja die alte Losung von 1914, daß sich die Sozialdemokratie von niemandem an Vaterlandsliebe übertreffen läßt.

Zum Schluß heißt es in der Entschließung: „Die Gewerkschaften sind und bleiben der starke Schutzwall gegen soziale Not und Bedrückung.". Dieser Satz ist eine Ironie auf die in den früheren Absätzen der Entschließung von der Arbeiterschaft geforderten Opfer. Die 40-Stundenwoche, eine bittere Notmaßnahme für das Kapital, ist der Schutzwall gegen soziale Not? Das Programm ist in Wirklichkeit ein Milliardengeschenk an die Bourgeoisie. Die rev. Arbeiterschaft muß sich mit aller Macht diesen Plänen des ADGB. entgegenwerfen.

Zum 9. November

Die Parteien in der November-Revolution.

Das alte System hatte im Weltkrieg alle seine Kräfte aufgezehrt. Es war unfähig geworden, daß es beim leisesten Anstoß zusammenfiel. Deshalb konnte die revolutionäre Woge vom Norden heranrollen, im Eiltempo ganz Deutschland überfluten. Im Augenblick war es günstig: Die Bewegung konnte nicht isoliert und erstickt werden. Daß sie aber gar keinen Widerstand fand, wurde der Bewegung für die Zukunft zum Verhängnis. Die Arbeiterklasse sah keine Gefahren, nur willige Unterwerfung der anderen Klassen. Die proletarischen Forderungen fanden fast im ganzen Bürgertum Zustimmung. Daß die Sozialisierung kommen mußte, war eine Selbstverständlichkeit. Sogar der Trustgewaltige Walter Rathenau machte mit und ging in eine Sozialisierungskommission hinein, die aus Reformsozialisten, Kathedersozialisten und Unternehmern gebildet wurde.

Das Bewußtsein, einen großen Schritt vorwärts gemacht zu haben, befriedigte die Massen. Sie sahen die Zukunft in bengalischem Licht. Sie triumphierten, als die Behörden sich fast ausnahmslos, bis zu Hindenburg hinauf „der Revolution sich zur Verfügung stellten". Sie ließen sich dadurch einschläfern und sahen nicht die Fallstricke, die auszelegt wurden. Das deutsche Proletariat hatte seine Erfahrungen mit der „vollendeten Demokratie" noch nicht gemacht. Es wußte nicht, daß sie die offene Bourgeoisieherrschaft bedeutet.

Die bürgerlichen Parteien wußten sofort, was zu tun sei. Sie zögerten keinen Augenblick zu bezahlen, was tot war, und ihre „heiligen Gefühle" im Busen zu verstecken. Sie holten ihre alten Firmenschilder herunter und hängten neue auf, die möglichst viel rote Farbe zeigten. „Kreuzzeitung" und „Deutsche Tageszeitung" strichen scheinheilig ihre preußisch-nationalistischen Wahlsprüche aus dem Zeitungskopf. Alle waren plötzlich für das „souveräne Volk". Die Konservativen nannten sich nun Deutschnationale Volkspartei. Und die Fortschrittler erinnerten sich ihrer Heldenzeit von der Paulskirche und wurden Demokratische Partei. Es gab damals überhaupt fast nur Demokraten und es mußte einem wundernehmen, wie der Krieg über vier Jahre hatte wüten können, wo es doch solche Massen von Pazifisten unter den politischen Führern des deutschen Volkes gab. Mit einem Schlage hatte sich die Welt geändert. „Alle umarmten die Republik — um sie zu erdrosseln" (Blanqui). Und nun zar die Kaisersozialisten! Sie hatten gepredigt und gewarnt. Ihre letzten Bemühungen hatten der Aufrechterhaltung der Monarchie gegolten. In der Angst, sie zu verlieren, hatten sie sogar den Mut gefunden, von Wilhelm II. die Abdankung zu verlangen, damit er einem weniger „Kompromittierten" Platz mache. Als aber das letzte Bollwerk, Berlin, gefallen war, als Kiel entfallen war, fix und fertig, da waren sie „Revolutionäre" und Republikaner. Und sie hatten die Revolution „gemacht", und wirkelten bereits um die Ministerposten. „Sorgt für Ruhe und Ordnung!" das war das erste Wort, was Fritz Ebert an das Volk richtete. Mit dem Ruf „Ruhe und Ordnung" hat noch jede Gegenrevolution den Bürgerkrieg eingeleitet. Die deutsche Sozialdemokratie fühlte sich vom ersten Tage der Bewegung an als die Partei der Gegenrevolution.

Warum? Sie waren schon längst keine Vertreter der Arbeiterklasse mehr. Was sie mit der Arbeiterschaft verband, das war allein die Tatsache, daß sie ihr die politische Stellung verdankten. Sie waren Kleinbürger durch und durch und waren durchseucht von allen Lastern, die das Kleinbürgertum angenommen hatte, seitdem es darauf verzichtet hatte, revolutionär zu sein. Vor allem waren sie erfüllt von Respekt vor aller verbrieften Macht, den Inhabern von Amt und Titeln und den Herren des Geldes. So kriecherisch nach oben, so brutal waren sie, wie alle Kleinbürger, nach unten, sobald sie selber Machtmittel in die Hand bekamen. Sie hatten die Revolution, weil sie die lebendige Ohnfluna für ihre Bankrottpolitik war. Und nie ist der Spießbürger grausamer, als wenn er ein Unrecht, daß er selber begangen, an seinem Opfer rächen kann.

Jede Revolution erzeugt zunächst ein Chaos. Es ist um so größer, je hermetischer die neue Klasse, die die Macht übernehmen will, von jeder Leitung ausgeschlossen war, je fester ihre alten Firmenschilder herunter und hängen neue auf, die möglichst viel rote Farbe zeigten. „Kreuzzeitung" und „Deutsche Tageszeitung" strichen scheinheilig ihre preußisch-nationalistischen Wahlsprüche aus dem Zeitungskopf. Alle waren plötzlich für das „souveräne Volk". Die Konservativen nannten sich nun Deutschnationale Volkspartei. Und die Fortschrittler erinnerten sich ihrer Heldenzeit von der Paulskirche und wurden Demokratische Partei. Es gab damals überhaupt fast nur Demokraten und es mußte einem wundernehmen, wie der Krieg über vier Jahre hatte wüten können, wo es doch solche Massen von Pazifisten unter den politischen Führern des deutschen Volkes gab. Mit einem Schlage hatte sich die Welt geändert. „Alle umarmten die Republik — um sie zu erdrosseln" (Blanqui). Und nun zar die Kaisersozialisten! Sie

Politische Rundschau

Brünings neuer Rattenzug

Mit dem Etat 1931

Das Brüning-Kabinett hat nun nach seiner Programmerklärung in seiner letzten Tagung den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1931 verabschiedet. Was in dem berüchtigten Programm angedeutet wurde, soll nun hier realisiert werden. Abbau der Sozialpolitik, damit die Industriebyänen und den Kraftbankern der Profit bleibt, ist der Schlager. Gegenüber dem Notetat will man 1.135 Milliarden „einsparen", und das soll so geschehen:

270 Millionen bei der Arbeitslosenversicherung.
120 Millionen bei der Sozialversicherung.
96 Millionen bei der Kriegsopferversorgung.
45 Millionen bei der Zivilversorgung.
10 Millionen beim Wohnungs- und Siedlungswesen.
200 Millionen bei den allgemeinen Reichsausgaben.
400 Millionen durch Verminderung der Steuerüberweisung an die Länder und Gemeinden, die dadurch ihren wachsenden sozialen Verpflichtungen (steigende Ziffern der Wohlfahrtsempfänger) noch weniger nachkommen können als bisher.

Die Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung in der Höhe von 575 Millionen Mark sollen vollkommen wegfallen.

Während bei den breiten Massen an allen Ecken und Enden gestrichen wird, läßt man den Besitz durch weitere Steuergeschenke zu seinem Recht kommen. Bei der allgemeinen Steuerverwaltung hat man in Erwartung der weiteren Steuergesetzgebung bei den Besitz- und Verkehrssteuern 977 Millionen Mark, also fast eine Milliarde weniger, eingesetzt. Hierunter fallen die Vermindernng der Aufbringungsumlage um 120 Millionen Mark und mehr als 200 Millionen Mark durch den Fortfall der Kapitalertragssteuer und der Obligationssteuern. Dann meldet das Reichswehrministerium einen Mehrbedarf von 10 Millionen Mark an, die Luftfahrt von 800 000 Mark und die Versorgung ausgedienter Reichswehrangehöriger weitere 5 Millionen Mark.

Immer weitere Ausposwerung des Proletariats. Und das Proletariat läßt so ohne weiteres die Stockschläge über seinen Buckel sausen. Wie lange aber noch?

Drohungen der Schwerindustrie

Nächsten Monat wird der Reichstag wieder zusammentreten. Nicht weniger als 30 Gesetze zur Durchführung des Brüningschen Programms, welches das Proletariat noch mehr ausplündert, werden zur Debatte stehen. Es kommt für die Bourgeoisie darauf an, ohne wesentliche Aenderungen dieses Programm durchzusetzen. Die Sozialdemokratie dürfte eventuell mit Aenderungsanträgen aufwarten, die entsprechend ihrer Phrasenlage in den „Augen der Arbeiterklasse" sein sollen. Die Deutsche Volkspartei läßt jetzt schon keinen Zweifel darüber, daß Brüning nicht die Aufgabe haben kann und darf, irgendwelche Konzessionen an die SPD. zu machen.

Am letzten Sonntag tagte der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, der sich mit all den in der Zukunft auf der Tagesordnung stehenden Fragen beschäftigte. An Stelle des berüchtigten Parteivorsitzenden Scholz hielt sein Vertreter, der Abgeordnete Dingeldey eine Rede, in der er folgendes bemerkte: „Jede Nachgiebigkeit gegenüber sozialistischen (?) Verwässerungswünschen müsse eine völlige Schwenkung der Reichstagsfraktion der deutschen Volkspartei zur Folge haben. In diesem Falle müßte die Regierung sich bewußt sein, daß eine solche Entwicklung zugleich die Gefahr ihres Sturzes durch die Mehrheit der bürgerlichen Parteien bedeuten könne."

Das ist also mehr als deutlich gesprochen. Es wird ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß, wenn Brüning die geringste Konzession macht, man ihn zu Fall bringen wird, um dann die Nationalsozialisten einzuspannen. Aber diesen Wind werden sich reichlich die Sozialdemokraten „Demokratie", die Sozialdemokraten merken. Sie werden, wenn es hart geht, dieses Brüningsche Programm bedingungslos schlucken, und gegenüber den Arbeitern werden sie sich dahingehend rechtfertigen: Es gilt, die „Demokratie" zu retten.

A-B-C-D

Hermann Müllers Panzerkreuzerserie.

Der Etat Brünings für das Jahr 1931 enthält das neue Flottenbauprogramm. Der „Vorwärts" vom 4. 11. 30 erlaubt sich dazu folgendes Kommentar: „Panzerschiff B („Ersatz Lothringen") soll demnach im kommenden Jahre in Angriff genommen werden. C und D sollen nachfolgen — trotz Krise und Arbeitslosigkeit, trotz drückendster Not! So sieht der Reichswehretat im Zeichen der Sparsamkeit aus!!"

Es ist allerdings schon geraume Zeit her, als dieses Flottenbauprogramm, das jetzt endgültig durchgeführt werden soll, erwägt wurde. Der Panzerkreuzer A ist ja bereits unter Dach und Fach, und die SPD. hatte damals ebenfalls für die Millionen „Vorwärts" offenbar auf die Vergeßlichkeit seiner Leser dahingehend, daß er die Befürwortung dieses Flottenbauprogramms durch die sozialdemokratischen Minister in der Koalitionsregierung versucht, aus der Welt zu streichen. Wir wollen daher einiges nachholen.

Der Reichswehrminister Groener erklärte anläßlich der Beratung des Reichswehretats für 1930 über das Flottenprogramm nach dem stenographischen Protokoll im Plenum des Reichstages, „daß vom Reichskabinett einstimmig, also auch unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister in einer besonderen Entschließung festgelegt wurde, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffbauersatzplan, das auch den Ersatz der Linienschiffe enthalten sollte, vorgelegt würde."

Diese damalige Entschließung der Hermann Müller-Regierung führt jetzt die Brüningregierung durch. Die moralische Entrüstung des „Vorwärts" ist weiter nichts wie blauer Dunst, um von der Tatsache abzulenken, daß die Sozialdemokratie in der Koalition der Schrittmacher war für das Aufrüstungsprogramm der deutschen Bourgeoisie.

Der neue Zörgiebel

Großer Wechsel im Berliner Polizeipräsidium.

Das preußische Kabinett hat am Dienstag beschlossen, den Staatsminister a.D. Grzesinski zum Polizeipräsidenten von Berlin zu ernennen. Zörgiebel hat man vorläufig in den Ruhestand versetzt. Im Zusammenhang mit der endgültigen Ernennung Grzesinskis zum Polizeipräsidenten steht auch ein Führerwechsel in der Abteilung I A auf der Tagesordnung. Der berüchtigte Regierungsdirektor Dr. Wündich verläßt nach 5½jähriger Tätigkeit den Posten als Leiter der politischen Polizei; er soll anderweitig als Vizepräsident eines auswärtigen Regierungspräsidiums verwandt werden. Auch der Leiter der politischen Exekutive der Abteilung I A, Kriminaldirektor Werner, geht. Angeblich, weil er sich „kränklich" fühlt. Aber den Sinn dieses Wechsels verrät das Schmoblatt, das „Tempo": „Es ist damit zu rechnen, daß mit Rücksicht auf die besonderen Anforderungen, die in die Politische Polizei gerade im kommenden Winter (!!) gestellt werden, besondere energische Beamte berufen werden." Das heißt — Severing macht die Polizeibürgerkriegsbereit. Um nach seiner eigenen Meinung „unruhige Volkshaufen in Schach zu halten". Das verrät mit aller Deutlichkeit auch wieder der „Vorwärts", der davon spricht, daß Severing und Grzesinski die Aufgabe haben, „Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Das ist der Sinn ihrer Berufung." Zu Zörgiebels Abgang bemerkt der „Vorwärts", daß Menschlichkeit (?) stets das Leitmotiv seines Handelns war.

Der „Vorwärts" versteht jedenfalls unter dieser „Menschlichkeit", daß die Arbeiter, die aufbegehren gegen diese Hungerordnung, niedergeknallt werden müssen. Ohne Zweifel — diese „Menschlichkeit" wird auch die Severing und Grzesinski beherrschen, denn diese liegt im Interesse der Bourgeoisie, deren willfährige Objekte sie ja gerne sind.

Der „rote" Magistrat „spart"

Natürlich bei den Wohlfahrtserwerbslosen.

Der „rote" Magistrat, der natürlich ebenfalls immer mit Defizit wirtschaftet, hat wieder einmal eine große Sparaktion auf der Tagesordnung. Und die „roten", „sozialistischen" Stadtväter haben beim Ausknobeln neuer Sparmöglichkeiten herausgefunden, daß es am ratsamsten ist, bei denen anfangen zu sparen, die schon fast nichts mehr haben. Brüning wird Steuerwahl haben in ihrer „christlichen Nächstenliebe" die Unterstützungssätze der Krisenempfänger herabsetzt. Dem „roten" Magistrat ließ das keine Ruhe, und so wurde scheinheilig mitgeteilt, daß die Unterstützungsrichtsätze der Notstandsaktion (Wohlfahrt) den neuen Sätzen der Krisenfürsorge angepaßt werden. Das heißt mit anderen Worten, klarer und verständlicher für jeden ausgedrückt, die Wohlfahrtsunterstützung wird gekürzt.

Und so sind ab 3. November folgende neue Unterstützungsrichtsätze für die Notstandsaktion erlassen worden: für einzelne alleinstehende Personen 12 Mark wöchentlich, Ehepaare 16,60 Mk., mit einem Kind 18,55 Mk., mit zwei Kindern 20,50 Mk., mit drei Kindern 22,45 Mk., mit vier und mehr Kindern 24,40 Mk.

Der Gemeinde„sozialismus" der SPD. macht einen „Fortschritt" nach dem anderen. Und auf Grund der sprichwörtlich zum Himmel schreienden Bescheidenheit der Proletarier wird diese Art von „Fortschritt" noch nicht der letzte sein.

Die Krise des Pilsudski-Regimes in Polen

Die Krise in Polen hat nach dem Ausdruck der bürgerlichen Wirtschaftspolitiker einen chronischen Charakter angenommen. Besonders in den letzten zwei Monaten zeigt sich klar und tief ihre Schärfe, die durch eine Reihe spezieller strukturell-organischer und politischer Faktoren bedingt sind. Solche Faktoren, wie die ungewöhnliche Verelendung der Bauernmassen, die bedeutenden Ueberbleibsel des Feudalismus in der Landwirtschaft und in den Agrarverhältnissen, besonders aber die faschistischen Methoden ihrer Liquidierung, die überaus geringe Konkurrenzfähigkeit der polnischen Industrie auf den Auslandsmärkten, die tiefe Verschuldung des polnischen Staates an das Auslandskapital, die ständig anwachsenden, ruinösen Ausgaben für den Militarismus und den aufgeblähten Apparat der faschistischen Diktatur, all diese Faktoren verschärfen und vertiefen die Wirtschaftskrise in Polen. Eine Ueberwindung dieser Krise ist für die polnische Bourgeoisie noch schwerer als in den anderen kapitalistischen Ländern. Hier verflicht sich in noch engerem Maße als in anderen Ländern die industrielle Krise mit der Agrarkrise.

Nach den offiziellen Angaben haben in Polen 65 Prozent der Bauernwirtschaften eine Fläche von weniger als 5 Hektar und 34 Prozent weniger als 2 Hektar. Fast die Hälfte dieser Wirtschaften ist ohne Arbeitspferd. Die im Interesse der Großbauernwirtschaft von der Pilsudski-Regierung durchgeführte Parzellierung hat den Landlunger unter den Bauernmassen noch gesteigert. Nach der Berechnung Professor Ljudkewitschs gibt es unter der Landbevölkerung Polens drei Millionen überflüssiger Arbeitshände. Daher die ständige Einschrumpfung des Innenmarktes für den Massenverbrauch. Nicht besser steht es gegenwärtig auch um die Außenmärkte, trotz der mit allen Mitteln versuchten Forcierung des Dumpingexports. Eine Tonne Kohlen, die in Polen 36 Zloty kostet, wird im Ausland für 16 Zloty verkauft; für eine Tonne Zucker sind die entsprechenden Zahlen 1400 und 300 Zloty. Der Jahreszuschuß für den Kohlen- und Zuckerexport beträgt eine halbe Million Zloty. Trotz dieses großen Zuschusses wird aber die polnische Kohle und Zucker von den Auslandsmärkten verdrängt; die Anbaufläche für Zuckerrüben ist im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent zurückgegangen. Hinsichtlich der Unrentabilität seiner Kohlenausfuhr hat Polen England weit übertroffen. Es führt 37 Prozent der Produktion aus, davon wieder 40 Prozent mit Verlust, während England 20 Prozent ausführt, davon 7 Prozent mit Verlust. Angesichts solcher Verhältnisse baut die polnische Industrie in den letzten Monaten ihre Produktion weiter ab. Die Zahl der Arbeiter in der Schwer- und Mittelindustrie ist von 865 000 auf 731 000 gesunken; andererseits ist die Zahl der Arbeitslosen von 105 000 (Juni) auf 207 000 (Okt.) gestiegen (faktisch 300 000). Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit nahm Polen unter den kapitalistischen Ländern den ersten Platz ein. Der innere Transport sank gegen das Vorjahr von 16 000 auf 12 000 Waggons; der Auslandstransport von 2300 auf 1800 Waggons zurück. Der Wert der Ausfuhr sank von 238 Millionen auf 168 Millionen Zloty, der Wert der Einfuhr von 272 Millionen auf 177 Millionen (die typische Bilanz eines absterbenden Wirtschaftslebens). Der Vorrat an ausländischer Valuta in der Reichsbank ging um mehr als 50 Prozent zurück. Die Kapitalien — schreibt die „Prawda", das Organ der Lodzer Industriellen, — fliehen aus Polen. Die „eisernen Fonds" des Reiches sind in den letzten fünf Monaten auf ein Viertel zusammengeschrumpft. Das Gleichgewicht des Budgets ist gestört. Nach weiteren zwei Monaten werden die finanziellen Reserven der Reichsbank erschöpft sein.

Gleichzeitig gehen mit jedem Monat die Steuereingänge zurück. Im August betrugen sie 14 Millionen, im September nur 11,5 Millionen. Die Chancen für eine Auslandsanleihe sind sehr gering. Die gesteigerte Kapitalkonzentration beginntigt ihrerseits die weitere Einschrumpfung des inneren Absatzmarktes. Das Hinaufschrauben der Preise auf dem Innenmarkt durch die Kartelle führt wiederum zur Abnahme des Verbrauchs an den verteuerten Erzeugnissen. Bei der für Polen bezeichnenden Verquickung der Kartellierung mit technischer Rückständigkeit einer ganzen Reihe von Industrieunternehmungen, die sich durch gesteigerte Ausplünderung auf dem Innenmarkt zu sanieren suchen, tritt heute besonders deutlich der morsche, parasitäre Charakter des polnischen Kapitalismus hervor. Obwohl die faschistische Regierung den Großkapitalisten und dem Großgrundbesitz durch Finanzierung des Dumpingexports, durch Exportprämien und durch private Aufträge usw. jegliche Hilfe zuteil werden läßt, kann sie doch im Wirtschaftsleben des Landes keine Wendung herbeiführen. Die polnische Bourgeoisie gibt sich denn auch über den geringen Effekt einer solchen Einwirkung auf den Verlauf der Krise klare Rechenschaft. „Der Czas", das Organ der Großgrundbesitzer, schreibt folgendes: „Der charakteristische Zug unserer wirtschaftlichen Verhältnisse in der heutigen schweren Krise ist daß unsere Wirtschaftskreise die Regierung ständig um Hilfe bestürmen . . . Wir müssen uns aber vor Augen halten, daß unsere Regierung nicht allmächtig ist und daß ihre Mittel überaus beschränkt sind." Diese Mittel werden vor allem zur Unterstützung der Kriegsindustrie hergegeben, die ununterbrochen arbeitet. Gleichzeitig sehen wir die Zusammenschrumpfung eines Teiles der Unternehmungen, die sich unter starker Beteiligung des Staates entwickelt haben. So wurden in den letzten Tagen die Salzbergwerke von Kalisch geschlossen, die gegen die Konkurrenz des deutschen Salzes in Polen nicht aufkommen konnten.

Wir sehen also in Polen eine allgemeine Vertiefung und Verschärfung der Wirtschaftskrise. Alle großen Reden der offiziellen Optimisten darüber, daß „die Krise ihren Höhepunkt bereits überschritten habe", und daß eine Wendung zum Besseren eintreten müsse, haben sich als ausgesprochener Unsinn erwiesen. Je mehr die Wirtschaftskrise zunimmt, um so toller wird die Offensive des Kapitals gegen die breiten Massen der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Bauernschaft. Selbst die faschistische Enquetekommission zur Untersuchung der Lebensbedingungen der Arbeiter konnte von dem räuberischen Charakter der kapitalistischen Rationalisierung in Polen nicht die Augen verschließen. Nach dem Bericht dieser Kommission liegt der Verdienst von 75 Prozent aller Arbeiter unter dem Hungerniveau des Existenzminimums. In dem Bericht heißt es auf Seite 153: „Der Reallohn der polnischen Metallarbeiter beträgt ein Viertel des Maximallohns und ein Drittel des Mindestlohnes eines deutschen Arbeiters. Ferner sieht sich die Kommission zu dem Eingeständnis gezwungen, daß bereits in der ersten Hälfte des Jahres 58,1 Prozent der oberschlesischen Arbeiter mehr als acht Stunden gearbeitet haben. Noch schlimmer liegen die Dinge im Dombrower Bezirk. Von der gewaltigen Anspannung der Arbeitsproduktivität zeugt die Statistik der Unfälle: ein jeder Tag bringt 4 Tote, 14 schwerverletzte und 200 leichter verletzte Arbeiter.

Am 16. November finden die Wahlen zum Sejm statt. Pilsudski will ein ihm genehmes Parlament zustande bringen. Wir haben es heute schon mit einer ungewöhnlichen Schärfe des Regierungsterrors zu tun. Fast jede Demonstration und jeder Streik der Arbeiter gehen in eine blutige Schlacht mit der Polizei über. Desgleichen führt fast jede Kundgebung der Bauern zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Die große Zahl der Brandstiftungen auf den Gütern, besonders in der Westukraine, zeugt von der starken Gärung in dem Landproletariat. Die Massenverhaftungen revolutionärer Arbeiter und Bauern, die systematische Beschießung von Straßendemonstrationen und die massenhaften Mißhandlungen der streikenden Arbeiter durch Polizei, Faschisten, die Strafexpeditionen in die Dörfer und endlich die Gasangriffe können die Zunahme der Kampfaktivität in den Massen nicht ersticken.

Zur Zeit wütet in Polen gegen die Ukrainer eine der sogenannten Strafexpeditionen. Pilsudski will die ukrainische Minderheit ausrotten, deshalb organisiert er jetzt vor den Wahlen zum Sejm diese Massenmorde. Polnische Truppen und von Pilsudski aufgehetzte Studenten verwüsten und brandschatzen die Dörfer, ermorden die Bauern und brennen ganze Ortschaften nieder. Die Situation ist zur Zeit ein regelrechter Bürgerkrieg in Ostgalizien, nahe der russischen Grenze, wo 4 Millionen Ukrainer unter polnischer Herrschaft leben. Die Regierung hat die Landbevölkerung an Steuern ausgesaugt bis zum Weißbluten. Land wird ihnen weggenommen und an polnische Militärkolonisten gegeben. Die Bevölkerung flieht vor diesen Mordbanden in die Wälder, läßt alles im Stich und ist dem Hunger und Elend preisgegeben. Die grausamen Erpressungen und Mißhandlungen haben einen Höhepunkt erreicht, wie wir sie kaum bisher erlebt haben. Erschießungen auf der „Flucht" sind an der Tagesordnung. Die ukrainische Gegenbewegung ist der Widerstand eines geknechteten Volkes. Ihr Widerstand besteht im wesentlichen in Sabotageakten. Gegen das Militär und die Polizei sind die Bauern natürlich so gut wie wehrlos. In diesem Bürgerkrieg sind daher die Verluste der bewaffneten Macht verhältnismäßig gering, um so höher die der Zivilbevölkerung. Die gesamte bürgerliche Presse schweigt über den Terror in Ostgalizien.

Das alles ist der höchste Grad einer in der Wirtschaftskrise verzweifelten Bourgeoisie die keinen Ausweg findet. Der Terror gegen die Arbeiterklasse ist ihr einziger Rettungsanker. Die Kommunistische Partei Polens gibt angesichts dieser Terrorzustände die geradezu lächerliche Parole der Arbeiter- und Bauernregierung heraus zum Wahlkampf. Eine kleine Gruppe der KPP. lehnt die Wahlen zum Sejm ab, aber ihr Einfluß ist leider noch zu gering. Das polnische Proletariat wird erkennen müssen, daß die Sejm-Wahlen keinen Schritt vorwärts bringen, sondern nur der Kampf um die proletarische Macht, um die Klassendiktatur der Arbeiterklasse der einzige Weg sein kann.

Achtung! Reichsumlage!

Infolge der finanziellen Belastung der Organisation durch den Berliner Metallarbeiterstreik, trotz dessen Abbruch, bleibt die Umlage für die 45. Woche von 2,— Mk. ausgeschrieben. Die Bezirke und Ortsgruppen werden ersucht, alle erhobenen Umlagen schnellstens abzurechnen.

RAA.

Die Berliner Negersteuer

Etwas zum Nachdenken für Arbeiter.

Die Vorlage zur Kopfsteuer, die der Berliner Magistrat der Stadtverordnetenversammlung hat zugehen lassen, gibt nicht nur interessante Aufschlüsse über die Einkommenverhältnisse der Berliner Bevölkerung, sondern auch darüber, welche Schichten die „roten" Magistratsherren am meisten zu schröpfen gedenken.

Der Kreis für die Steuerpflichtigen für die „Bürgersteuer" ist so weit gezogen, daß er drei Millionen der Berliner Steuerzahler umfaßt, von denen aber nur 1 234 000 vollsteuerpflichtig sind, während die anderen einkommensteuerfrei oder als Ehefrauen nur zur Hälfte zur Bürgersteuer herangezogen werden sollen. Dieser Personenkreis soll in jedem Jahre 13 Millionen aufbringen. Bei Einkommen über 8000 Mk. sollen dann „erhöhte" Steuersätze berechnet werden, und hier verrät uns der Magistrat einmal genau die Zahl derjenigen, die mindestens 8000 Mk. Jahreseinkommen aufweisen können. Es sind von den 4,3 Millionen Einwohnern Berlins genau 45 953. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich 38 389, verfügen über Einkommen von 8000 bis 25 000 Mk. 5349 haben ein jährliches Einkommen von 25 000 bis 50 000 Mk., 1606 ein solches von 50 000 bis 100 000 Mk. Dann aber kommt die Schicht, die ein Jahreseinkommen von 100 000 bis 200 000 Mk. verdienen, das sind immerhin noch 436.

Diesen wenigen Einkommenskrösussen gegenüber steht die große Masse, deren Durchschnittseinkommen bei 80 Proz. nicht einmal die 2400-Mark-Grenze erreicht. Diese große Masse der Berliner Steuerzahler soll bei der vorgeschlag

mit 2000 Mark ein und rechnet bei jeder über 3000 innerhalb der Stufe immer den Durchschnitt, dann ergibt sich folgende Wahrscheinlichkeitsberechnung:

Anzahl der Veranlagten	Einkommen in Mark	Gesamteinkommen
766 000	1000	766 000 000
1 188 000	2000	2 276 094 000
		3 042 094 000
38 359	15 000	575 385 000
5 349	37 500	191 795 000
1 606	75 000	120 450 000
436	150 000	69 450 000
		957 080 000

Also: 3 Milliarden Einkommen der Hungernden sollen 13 Millionen Mark Kopfsteuer aufbringen. 1 Milliarde Einkommen der Bankiers, Gewerkschaftsbonzen, Generaldirektoren, Stadträte, Aktionäre usw. nur 1 Million Mark. Das ist die Demokratie, berechnet von sozialdemokratischen Magistratsherren. Es erübrigt sich, zu bemerken, daß die hohen Einkommenzahlen mäßig steigen und die Bezieher der niedrigen immer mehr an Schwindsucht krepieren. Es lohnt sich, diese Republik zu verteidigen und hübsch „rote" Herren in den Magistrat zu wählen für diejenigen, die die anderen zur Urne treiben.

Das Hakenkreuz in der Republik

Oder die Republik im Hakenkreuz!

Herr Severing hat verfügt:

„Die Zeitschrift des „Verbandes der Schutzpolizeibeamten P. V." „Die Preußische Schutzpolizei" bringt in Nr. 19/20 vom 1. Oktober 1930 einen Leitartikel „Der Reichstag" von dem verantwortlichen Schriftleiter und Verbandsvorsitzenden R. Josapeit, der in seiner gehässigen und herabsetzenden Art weit das Maß dessen überschreitet, was den gewerkschaftlichen Vereinigungen der Beamtenschaft in der politischen Vertretung ihrer Forderungen zugebilligt werden kann. Verfasser, Ort der Veröffentlichung und die Art des Aufsatzes zwingen mich dazu, obwohl es sich nur um eine Organisation mit unbedeutender Mitgliederzahl handelt, die Betätigung für den „Verband der Schutzpolizeibeamten Preußens" während des Dienstes und in den Unterkünften ebenso wie die Verbreitung der Zeitschrift „Die preußische Schutzpolizei" in den Unterkünften zu untersagen. Ein amtlicher Verkehr mit dem Verbande ist ebenfalls ausgeschlossen."

Ob diese Verfügung ihres Obergenossen den sozialdemokratischen Arbeitern wohl zu denken geben wird? Der „Verband der Schutzpolizisten E. V." ist ein Hakenkreuzverband, der sich ganz offen zu Hitler bekennt, wie sein Blatt, „Die Preußische Schutzpolizei" durch jede Nummer beweist. Die Sprache der Zeitung unterscheidet sich um kein Jota von den anderen Hakenkreuzlerblättern. Schrieb es doch unlängst, „daß es uns sei mit dem politischen Wanzentum, das in der Sozialdemokratie und auch in gewissen Kreisen nationaler Färbung seine Brut und Pflegestätte habe" und daß es „wohl hoffentlich bald mit der marxistischen preußischen Regierung, mit dem Schieben und Raffen und dem Ausplündern des Volkes zu Ende gehe!"

Bekanntlich besteht schon seit langem ein Verbot (erlassen durch den sozialdemokratischen preußischen Innenminister) daß Beamte nicht Mitglieder einer Hakenkreuzorganisation (und auch nicht Kommunist) sein dürfen und daß jede Betätigung für eine solche Organisation im Dienste untersagt ist. Unter den reichlich 120 Abgeordneten der verschiedenen Hakenkreuzparteien im neugewählten Reichstage sind mindestens die Hälfte Beamte, teils sogar höhere. Oberlehrer, Richter, Postbeamte usw. Daraus geht wohl hervor, daß die Behörden beide Augen zugedrückt haben, wo es sich um Hakenkreuzler handelte. Geradezu grotesk aber wirkt das Severing'sche Verbot des Schupoverbandes. Hier haben sozialdemokratische Polizeipräsidenten und sonstige höhere in der Sozialdemokratie organisierten Polizeioffiziere bis jetzt „amtlichen Verkehr mit dem Verbande" gepflogen!!

Das neue Severingsche Verbot zeigt jedenfalls deutlich, was das frühere Verbot für einen Wert hatte. Einen anderen Wert wird auch dieses nicht haben. Die Sozialdemokratie zeigt immer von neuem, daß sie nicht ernst genommen werden will — wenigstens, wo es sich um Hakenkreuzler handelt. Wo es sich um Kommunisten handelt, wird man die Verfügungen freilich blutig ernst nehmen. Das ist ja wohl auch ihr eigentlicher Zweck.

Es liegt uns fern, einem Verbot, einer eeistigen Strömung das Wort zu reden, die in der Struktur der Wirtschaft ihre Ursache hat. Den aber noch parlamentsbeeinflussten Arbeitern müssen diese Vorgänge zeigen, daß keine Regierung und möge sie noch so sozialdemokratisch und arbeiterfreundlich sein, dem Kapital seine Stützen einfach „verbieten" kann, solange das Kapital die Macht hat. Und schließlich hängt es nur vom Kapitalismus ab, ob die Republik das Hakenkreuz oder das Hakenkreuz die Republik verbieten wird. Dem Proletariat kann das alles gleich sein; solange es sich unterdrücken lassen will, bekommt es Schläge von beiden. Erst wenn es den Arbeitern bewußt wird, daß sie die Macht haben, wenn sie sie haben wollen, erst dann bekommen diese Dinge für sie einen Sinn. Dann sind freilich sie derjenige, der verbieten kann. Sie müssen dann die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verbieten. Hakenkreuz, Kapital, Republik stürzen dann von selbst.

Die Einheitsfront marschiert

Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern.

Das Organ der Berliner oppositionellen Nazis, der sogenannten „revolutionären" Nationalsozialisten", der „Nationale Sozialist", veröffentlicht in seiner Nummer vom 22. Oktober unter der Ueberschrift „Solidaritätserklärung" folgende Notiz:

„An die revolutionäre Gewerkschaftsopposition,
Karl-Liebknecht-Haus,
Berlin C 25,
Dirksenstr. 37.

Volkszenossen!

Die heutige Versammlung der revolutionären Nationalsozialisten, Berlin, erklärt einstimmig ihre Solidarität mit den streikenden Metallarbeitern. Sie ruft ihnen zu: „Bleibt fest!" Als Ergebnis einer Sammlung überweisen wir der RGO. 20,50 Mk. als Beitrag zur Durchführung des Streiks. Es ist gering, aber bedeutet, daß der größte Teil unserer Mitglieder arbeitslos ist.

Reichsorganisationsleiter Kübler.
Bezirksausschußleiter Dr. O. Strasser."

Das ist nicht die erste Solidaritätserklärung gegenüber der KPD., sondern vor kurzem wurde erst ein Nachruf dem verstorbenen KPD.-Redakteur Thomas gewidmet. Das Charakteristische ist, daß die KPD. nicht auf diese Solidaritätserklärung geantwortet hat. Für das klassenbewußte Proletariat kann es darüber auch gar keine moralische Entrüstung geben, denn auf Grund ihrer nationalbolschewistischen Ideologie gehören sie beide zusammen.

Für die Arbeiter der KPD. muß diese Tatsache ein Menetekel sein.

„Fortschritt" nach rechts

Wir vernehmen aus dem „Vorwärts" vom 27. Juli 1930, am Tage nach der Verkündung der Notverordnungen durch den berüchtigten Artikel 48 folgendes: „Eine gute Wirkung wird die Notverordnung der Reigerung haben. Niemals ist durch ein einziges Dokument die Aenderung des Kurses so deutlich gemacht worden, wie in dieser Notverordnung. Wer bisher noch nicht eingesehen hat, daß durch die Mitwirkung der Sozialdemokratie an der Regierung die Interessen des werktätigen Volkes geschützt wurden, der bekommt jetzt einen Begriff davon, wie Bürgerblockpolitik aussieht. Völlig unter sich, nicht gehindert durch den Einfluß der Sozialdemokratie, nicht gehemmt durch die Kritik der Oeffentlichkeit und den Willen des Parlaments, nur gestützt auf den Artikel 48 der Reichsverfassung sind alle Anschläge auf die Interessen des werktätigen Volkes „verordnet" worden." Und das nannte der „Vorwärts" „Fortschritt" nach rechts. Soviel Worte, soviel Demagogie, denn am 18. Oktober wurde dieser „Fortschritt nach rechts" zur Grundlage der Sozialdemokratie, der er eigentlich bei ihr seit 1914 immer war, indem sie die Anschläge auf das arbeitende Volk durch die Notverordnungen, durch Tolerierung der Brüning-Regierung annahm. Ob in der Koalition oder in der „Opposition" — dem Proleten muß das Genick umgedreht werden. Ihre Stellung damals im Wahlkampf war nur der Speck, um genügend Wahlschale in die Falle zu bekommen. Das Kapital begrüßte auch diesen „Fortschritt" nach rechts durch die SPD. und bezeichnete ihn „höchster Anerkennung würdig".

2000 Schuß in der Minute

Eine Leistung des Pazifismus.

Ein Däne hat ein Maschinengewehr konstruiert, das 200 Schuß in der Sekunde abfeuern kann — also 2000 in der Minute, 120 000 stündlich. Der in seiner Mechanik einfach konstruierte Mordapparat, der von einem Mann bedient werden kann, hat 100 Läufe, deren jeder in der Sekunde 2 Schuß leistet. Die Munition wird, wie auch schon bei den letzigen Maschinengewehren, am Bande zugeführt. Da diese Mordschleuder ungeheure Mengen Munition braucht, ist die Munitionstransporteinrichtung so konstruiert, daß die Magazine bis zu 100 Meter vom MG. entfernt sein können.

Aus der Wirtschaft

Ein Jahr Wirtschaftskrise in USA.

Die Börsianer haben immer noch die feinste Nase für die Vorgänge in der Wirtschaft. Der Börsenkurs der Industrie-Effekten, d. h. jener Papiere, die keine feste Verzinsung haben, sondern deren Rendite sich nach der Dividende richtet, sind denn auch nicht nur ein guter Maßstab für die augenblickliche Wirtschaftslage, sondern auch Anzeichen dafür, wie sich die Wirtschaftslage der nächsten Zukunft gestalten wird. Die Kapitalisten sind nochmehr die Banken, die mit fremden Geldern arbeiten, müssen die Beschäftigungs- und Profitmöglichkeiten eines Industriewerkes nach allen Richtungen gut untersuchen, bevor sie ihre oder anderer Leute Millionen in dessen Papieren anlegen. Es steht nicht nur das Vermögen auf dem Spiel, sondern auch der Name, der Ruf, das ganze Geschäft und so auch die Freiheit. Die bürgerlichen Gerichte haben Verständnis dafür, wenn im Jobber über Leichen geht, um Vermögen für sich und seine Auftrag- und Geldgeber zu machen; sie stecken ihn aber rücksichtslos ins Zuchthaus, wenn er Kapitalisten um ihr Geld bringt.

Die amerikanischen Börsenkurse sind Symptome dafür, daß die Weltwirtschaftskrise erst am Anfang ist. Die folgende Tabelle zeigt uns Kursverluste, die erkennen lassen, daß das amerikanische Kapital keine große Zuversicht für die nächste Zukunft hat.

Aktienkurse an der New Yorker Stock Exchange

	Kurs v. Aug. 1929	Kurs v. 9. Okt. 1930
Anac. Copper Mücing	140	35
Chrysler Motors	135	18
Wright (Flugzeuge)	79	28
General Electric	403	55
General Motors	91	36
Good. Tire (Gummi)	154	40
Int. Teleph. Telegraph	149	25
Radio Corporation	114	22
USA. Steel Corp.	261	146

Wir haben aus dem Kurszettel amerikanischer Zeitungen nur ein paar Kurse von Aktien solcher Industrien zegenübergestellt, die von der Krise am wenigsten berührt sind wie Elektrizität, Radio, Flugzeuge, Gummi, Autos, Stahl. Diese Industrien sind aber die Grundlage der USA.-Wirtschaft. Seit dem 9. Oktober, über welche Zeit wir keine zusammenhängende Uebersicht haben, purzeln die Kurse noch schneller und rapider zusammen. Die Standard Statistics Co. hat den Kursindex von 404 führenden Aktien für die Zeit vom 10. September bis 8. Oktober d. Js. berechnet und für diese 4 Wochen einen Kursverlust im Durchschnitt von 15,6 auf 130,1 festgestellt. Die Schwankungen betrugen früher höchstens einige Prozent in längeren Zeiträumen aufwärts oder abwärts, wenn nicht irgend ein Werk ausnahmsweise gerade einmal außerordentlich vom Glück oder vom Unglück betroffen war. Wohl sind infolge Ueberspekulation Gelegenheit, auch früher hier und da einmal Kursverluste von ein Dutzend und mehr Punkten in kurzer Zeit oder auf einmal erfolgt. Diese wurden dann aber ganz oder zum Teil nach und nach wieder eingeholt oder der Wert der Aktie, falls er aus irgend einem Grunde falsch zustandegekommen war, auf dem betreffenden Niveau stabilisiert. Ein derartig anhaltendes Sinken 15 Monate hindurch deutet auf eine außerordentlich schwere Erschütterung des gesamten Wirtschaftsapparats hin.

Dieser katastrophale Kurszusammenbruch beleuchtet nicht einmal die ganze Schwere der amerikanischen Wirtschaftskrise. Der Niedergang der Kurse wird durch ganz zwangsläufige ökonomische Gesetze noch gemildert, so daß sie die wahre Lage der Wirtschaft noch verschleiern. Das Kapital, das in Industrie und Handel beschäftigungslos wird, wendet sich dem Aktienmarkt, d. h. der Börse zu. Es läßt Papiere kaufen und benimmt somit den Kursrückgang. Betrug doch nach den Berechnungen der Standard Statistics Co. am 8. Oktober immerhin noch die Verzinsung der Dividendenpapiere 5,32 Proz. für das zurückliegende Jahr, während die Sparkassen nur 4—4½ Prozent zahlten und Hypotheken 5¾ Prozent brachten. Sparkassen, Banken und Hypothekenbanken sind aber derart mit Geldern überlastet, daß sie sich gegen weitere Einlagen sträuben.

Ein weiteres Moment, welches das Spiegelbild der Krise verschleiert sind die „Interventionen" der Banken. Die Banken, die in ihren Tresoren riesige Aktienpakete zu liegen haben und bei jedem Prozent Kursrückgang Millionen verlieren, verwenden Riesensummen daran, um die an die Börse zum Verkauf kommenden Aktien aufkaufen zu lassen, um die Kurse zu stützen. Diese Interventionen sind zugleich Betrugsmanöver am Publikum bzw. an den Maklern, welche für das Publikum kaufen. Es soll den Anschein erwecken, wenn diese oder jene Großbank dieses oder jenes Papier kauft, daß dieses eben erworben worden ist, um auch andere zum Ankauf zu reizen. Die Interventionen erfolgen stets durch andere Banken, wenn es bekannt ist, daß die betreffende Bank (die aufkaufen läßt) mit dem betreffenden Industriewerk Verbindung hat.

Die Banken sind Spekulanten, die die Aktien zum Verkauf bringen und dadurch die Kurse senken, wobei sie selbst Unsummen einbüßen, sehen also voraus, daß der Ertrag dieser Papiere künftig gering sein wird, d. h. daß es den Werken an Beschäftigung mangeln wird. Die Leidtragenden sind immer die Arbeiter, auch die europäischen, hier in erster Linie die deutschen. Die in Amerika beschäftigungslos werdenden Riesenkapitale werden ihre Fabriken mit der schwindelhaft hohen Technik natürlich nicht einrosten lassen. Ein verschärfter Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wird einsetzen. Das europäische Kapital wird zu weiterer Lohnsenkung und zu verschärfter Ausbeutung schreiten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Am deutschen Proletariat liegt es, sich vorzubereiten, um den Kapitalismus zu stürzen und für sich selbst in kommunistischer Gemeinschaft zu arbeiten.

Die Krise am internation. Kupfermarkt

Die Mansfelder Kumpels vor verschärfter Ausbeutung.

Die Marktverhältnisse für die Erzeugnisse im Bergbau für Metallerze, verschlechtern sich unaufhaltsam von Monat zu Monat. Alle Versuchen der internationalen Kupferkartelle, durch Herabsetzung der Großhandelspreise den Absatz zu steigern, scheitern an der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. Die internationale Preisentwicklung nach den Notierungen der London-oder Börse für die Monate August und September 1930, im Vergleich zum Jahresdurchschnitt von 1913 und 1929, zeigt die folgende Aufstellung:

	(In Pfd. Sterling pro Tonne) Zink	Blei	Kupfer	Silber (pro Unze)
1913	22,14	18,6	68,6	27,58
1929	24,18	23,4	73,10	24,46
1930 (Aug.)	16,4	18,5	27,12	16,28
1930 (Sept.)	15,8	17,17	46,5	16,7

Trotz der Preissenkungspolitik der internationalen Kartelle, dauernides Sinken der Absatzmöglichkeit auf dem Weltmarkt. Andererseits immer größere Anhäufung von Vorräten bei den amerikanischen Konzernen. Auch der Mansfelder Streik, während dessen Dauer das Kilo Kupfer mit 11,3 Cent gehandelt und seitdem weiter auf 10,0 Cent gesunken ist, vermochte den Markt nicht zu beleben. Schon wird durch den verschärften Krisenzustand die amerikanische Erzeugerindustrie veranlaßt, eine weitere Kupferpeissenkung auf 8 Cent für das Kilo in Aussicht zu stellen. Doch können auch derartige Maßnahmen die Weltwirtschaftskrise nicht beim Schopfe fassen. Die neue von Amerika angekündigte Preissenkung erscheint erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Abbauverhältnisse der amerikanischen Kupferproduzenten im allgemeinen günstiger liegen als in Deutschland. Den Gestehungskosten der deutschen Kupferproduktion, die wesentlich höher als 14 Cent liegen, stehen die der amerikanischen Kupferkonzerne wie folgt gegenüber:

	(In Cent per kg.)
Calumet & Hekla	7,98
Utak Geopets	6,20
Chile Coppers	5,42
Cero de Pasco	2,40

Bei dieser Entwicklung der Marktverhältnisse wird die Mansfeld A.-G. mit verschärften Angriffen auf die Löhne der Mansfelder Bergarbeiter antworten. Bisher erhielt die Mansfeld-A.-G. Staatssubventionen. Die Brüning-Regierung, die ihrem Notprogramm die Streichung der Subventionen festgelegt hat, wird die Mansfeld-A.-G. zwingen, wobei sie selbst Unrationalisieren, und auch zum direkten Angriff auf die elenden Hungerlöhne der Mansfelder Kumpels vorzugehen. Gerüstet der Unternehmerangriffen, werden die Arbeiter der Mansfeld-A.-G. erst dann sein, wenn sie sich zusammenschließen als Klasse in den Betriebsorganisationen nach dem Prinzip der Allgemeinen Arbeiter-Union.

Eingänge für den Pressefonds

Im Monat Oktober:

A. Meerheim-Weißenfels 2,— Mk., W. Erbe-Berlin 1,— Mk., Gen. Tro 4,— Mk., Ungenannt 2,— Mk., G. H. A. 66,60 Mk., Gen. Bradtke 1,— Mk., O. F. Wriezen 1,— Mk., 17. Bezirk 2,— Mk., Nachrodt auf Liste 267 6,— Mk., Tro 2,— Mk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isaacsohn, Berlin O 17.

Die englische „Arbeiterregierung" hat in aller Stille das Patent angekauft!

Die Inder, Chinesen und sonstige „Wilde" des englischen Imperiums werden es sich also in absehbarer Zeit doppelt überlegen, ob sie sich noch gegen die Knute der englischen Pfeffersäcke auflehnen wollen. Nicht lange mehr und die Macdonald und sonstigen Freunde des Pazifismus und der Arbeiter haben sich dem englischen Kapital unentbehrlich gemacht. So etwa hundert Stück für jede „Kolonie" hält Dutzende Millionen von Sklaven in Schach und die Ausbeutung ist für lange Zeiten gesichert.

Die europäischen Proletarier werden sich sicher freuen, ein neues Stück Arbeit zu bekommen, bei dem die Gewerkschaften den Tarif abschließen. Nicht lange mehr, und die Bourgeoisie hat, buchstäblich, die Waffen alleine, und persönlich den Krieg gegen das Proletariat zu führen, wolern sie dies einer. MG.-Schützen-Gewerkschaft im ADGB. nach Art der Polizisten und Zuchthausbüttel vorzieht.

„Die Gewerkschaften sind gezwungen, ihre mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarifverträge unter allen Umständen einzuhalten. Wollen sie sich nicht Schadenersatzklagen aussetzen, ganz abgesehen von dem Vorwurf des Tarifbruchs, dann müssen sie gegen ihre eigenen Mitglieder vorgehen, die in einzelnen Betrieben besondere Forderungen stellen und sie durchzusetzen suchen."

(„Vorwärts" vom 29. Juli 1930.)

Arbeiter! Klassengenossen! Dieser gewerkschaftliche Tariffaschismus erdrosselt jede Eigeninitiative des Proletariats, kettet euch an das Kapital. Wie lange noch soll euch der gewerkschaftliche Tariffaschismus an das Kapital und seine Schlichtungsdiktatur ausliefern können? Wollt ihr diesen Strick um euren Hals zerreißen, dann müßt ihr die Gewerkschaften verlassen! Heraus aus den Gewerkschaften! Werdet Mitglieder der Allgemeinen Arbeiter-Union, das ist heute eure Klassenkampforganisation.

11. Jahrg. Nr. 46 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, 15. November 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Weißer Käse

Brünings Heilmittel

Prophet Weißenberg ist ein Kurpfuscher von Gottes Gnaden, der aus der Bibel seine Kraft holt. Auf Grund dieses eifrigen Bibelstudiums ist er zu der unumstürzlichen Ueberzeugung gelangt, daß die einzige Behandlungsmethode zur Heilung kranker Augen das Auflegen von gut durchsalzenem weißen Käse ist. Dieser talentierte gläubensstarke Mann hat mit seinen Heilmethoden ein Menschenleben vernichtet und ein Kind seines Augenlichtes beraubt.

An dem Beispiel des Propheten Weißenberg hat sich scheinbar der fromme Kanzler Brüning gestärkt, als er auf 30 Gesetzestafeln dem deutschen Volk eine Kur gegen die Weltwirtschaftskrise [illegible]

Aus dem weiteren Inhalt:

Die Wirtschaftskrise in den Ländern Lateinamerikas.
Verkäufer-Industrie als Weltwirtschaftsmacht.
Der Mann, der die Ohrfeigen bekam.
Preissenkungskomödie.

verschrieb. Seine Heilmethode ist auch nichts weiter als gesalzener weißer Käse. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Kurpfuschermethoden nicht so offensichtlich in ihren Auswirkungen sind und der kapitalistische Staat selbst der Nutznießer dieser Methoden ist, so daß sie nicht als Kurpfuscherei, sondern als wirkliche Heilwege von der bürgerlichen Wissenschaft und der bürgerlichen Presse angepriesen werden. Die Folge ist ja lediglich der langsame Hungertod. Die Selbstmordepidemie, die höchstens die Chronik der Zeitungen in Sensationsfällen auslöst. Es fällt auch gar nicht auf, wenn ein paar tausend Proleten so stillschweigend abgehen. Die Friedhöfe sind ja in großzügiger Weise auf Zuwachs ausgebaut, so daß es nichts ausmacht, wenn sie ein Jahrzehnt früher schon „belegt" sind. Diese Belegschaft kostet dem Kapital nichts, nicht einmal braucht deshalb die Krisenfürsorge „bereinigt" zu werden. Der Proletariat ist nicht nur ein freier Arbeiter für das Kapital, sondern auch ein freier Toter. Deshalb übt man jetzt auch der „Vorwärts" nicht aus, sondern gelt in den Freitod. Selbst nicht Selbstmord mehr aus, sondern gelt in den Freitod. Selbst der „Vorwärts" weiß es zu melden, daß die Sinflut der Verzweiflung steigt. Im Oktober beträgt die Zunahme an Arbeitslosen eine Viertel Million. Diese Dreieinviertel Million Arbeitslose bedeuten mit ihren Familien mehr als 10 Millionen Menschen, ein Sechstel der deutschen Bevölkerung, die durch das kapitalistische System dem langsamen Hungertod preisgegeben sind.

Was empfiehlt die Regierung Brüning als Mittel gegen diesen Hungertod? Sparen, sparen, sparen! An wem soll gespart werden? An den Produktionsunkosten. An welchen Produktionsunkosten? An dem zu hohen Lohn der Arbeiter. Lohnabbau ist das Heilmittel, durch das die Wirtschaft angekurbelt werden soll. Auf den Lohnabbau soll die Preissenkung folgen. Es ist bloß merkwürdig, daß der Lohnabbau sich ohne Mißverständnisse vollzieht, während die Regierung Brüning aus lauter Mißverständnissen nicht zum Abbau der Preise kommt. Das Brot sollte um 4 Pfennig herabgehen. Die Brotfabrikanten dementieren diese die Arbeiterschaft rettende Maßnahme. Sie können nur 2 Pfennig bewilligen. Die Schlächter geben großzügig 5 Pfennig auf das Pfund Schweinefleisch. Das liegt daran, daß der Schweinepreis erheblich gesunken ist. Daß die ehrenwerten Schlächtermeister diese 5 Pfennig durch geschicktes Wiegen wieder hereinbringen, ist selbstverständlich. Außerdem ist noch die Frage, welcher Arbeiter sich überhaupt noch Schweinefleisch leisten kann. Wenn auf einen Arbeiterhaushalt zwei Pfund in der Woche kommen, so sind 10 Pfennig gespart. Die Wurst und das übrige Fleisch bleibt auf derselben Höhe. Also Deutsche, ißt nur Schweinefleisch, möglichst Fett, vonwegen der Kalorien.

Das volle Heil wird dem deutschen Volk erst beschert sein, wenn daß Kabinett Brüning in schwerer Tag- und Nachtarbeit „es besteht kein Nachtverbot für das Backen von Gesetzen", die dreißig Gesetze zur Reorganisation der deutschen Wirtschaft durchgebracht hat. 14 Tage Frist sind dem Reichstag für die Durchberatung gegeben. Im wesentlichen wird es beherrscht von der vom deutschen Kapital einzuschlagenden Außenpolitik. Die Ziele dieser Außenpolitik sind unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit erörtert worden. Jedenfals steht das eine fest, daß trotzdem dieses Programm weitgehende Streichungen im Haushaltsplan für 1931 mit sich bringt, der Wehretat eine Erhöhung der Ausgaben für Marinenaubauten enthält. Als Gesamtjahresbetrag für Schiffsneubauten wird für die 6 Jahre, die der Plan umfaßt, die Durchschnittssumme von 50 Millionen Mark angegeben. Bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß ein Panzerschiff 75 Millionen Mark kostet. Die Abstriche im Wehretat von 15 Millionen Mark bleiben noch unter den Ersparnissen für die Gehaltskürzung. Bei diesem Programm höchster deutscher Not werden im Jahre 1931 50 Millionen für die Flotte eingesetzt. Wenn Brüning die Mitglieder des Reichsrats ermahnt, „bei ihren Beratungen eingedenk zu sein, daß alle unsere Maßnahmen vom Standpunkt der Außenpolitik betrachtet werden müssen, so heißt dies weiter, daß das ganze Programm der Sparmaßnahmen dazu dient, dem deutschen Kapital vollkommene Bewegungsfreiheit für seine imperialistischen Pläne zu verschaffen. Das 5-Jahresprogramm der deutschen Regierung ist nur unter dem Gesichtspunkt der Aufrüstung für den kommenden Krieg zu verstehen.

Die von den nationalen Parteien verlangte Revision des Youngplans soll erzwungen werden. Es ist vor allen Dingen er-

Ein Schiedsspruch wird gefällt!

Es ist eigentlich unverständlich, daß sich die Proleten so über den Schiedsspruch aufregen, der ihnen von dem Schlichter der Brüning-Regierung aufgebrummt wurde. Wohlverstanden: Aufregung über eine Gemeinheit ist am Platze, wenn jemand ein Vertrauen, das ihm anderer entgegenbrachte, skrupellos mißbraucht. Wenn man sich jedoch Gaunern ausliefert, kann man nichts anderes erwarten. Man könnte noch einwenden, daß ja die Gewerkschaften und die SPD. doch „auch" noch Arbeiterorganisationen seien, und daß man nicht annehmen konnte, daß sie so niederträchtig sein würden. Das stimmt nicht. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, wer sie sind und was sie wollen.

Die Leute haben doch schon eine Vergangenheit hinter sich. Und daß eine alte Hure durch Zellenoperation wieder zu einer Jungfer wird, konnte die KPD. nur Arbeitern vorreden, die schon hart an die politische Ateprie[illegible]rnenverkalkung heran sind. Ihre Kriegs- und Revolutionspolitik zeugt davon, daß sie den „Sozialismus", den sie „im Auge" haben, gesichert sehen, wenn sie von ihren „Feinden" gut bezahlt werden. Sie geben sich auch gar keine Mühe, das zu verschleiern. Sie haben sogar ein fanatisches Vergnügen daran, damit zu glänzen, wie sie es verstehen, die Kanaille Proletariat zu zwiebeln. Und es freuen sich teuflisch, daß die Proleten sich trotzalledem noch von ihnen belügen, ins Gesicht spucken, auslachen und beschimpfen lassen, ohne ihnen die „Treue" zu brechen. Das ist denn doch schon bald zum Kotzen, hier immer noch von „Verrat" zu schreien. Zuletzt hat uns Hindenburg oder Brüning, oder irgend ein beliebiger monarchistischer Trottel auch noch verraten. Lachhaft, so was!

Man muß sich nur einen Augenblick das Theater vorstellen, das da um den letzten Schiedsspruch herum gemacht wurde. Die SPD. zog in die „Wahlschlacht" und nahm dabei das Maul so voll, daß es wirklich komisch anzusehen war. Gegen den „Hungerkanzler", Eisenbahnzüge voll Zeitungen wurden volgeschrieben gegen das „reaktionäre Regime". Gegen den „Verfassungsbruch" usw. Und als es so weit war, daß . . . sagte die SPD.: „Mißtrauensvotum ist Quatsch". Die korrumpierten Staatskostgänger, die die Politik in der SPD. bestimmen, sind sich darüber klar, daß entweder Brüning „führt", oder eben sie „führen". Das heißt, sie führen die Politik des Kapitals durch. Da ist es besser, man stürzt die Regierung nicht, sonst muß man das, was man ihr vorwarf, selbst tun. Etwas anderes können die SPD. und die Gewerkschaften nicht tun. Oder gibt es in Deutschland noch einen Proleten, der da glaubt, die Braun und Severing und Konsorten steigen auf die Barrikaden gegen den Kapitalismus? Es ist anzunehmen, daß es so etwas auch noch gibt. Es gibt eben viele Nuancen, bis der Irrsinn komplett ist.

Und dabei haben die Severing und Grzesinski doch wirklich keinen Zweifel gelassen, was sie als ihre „Pflicht" erachten. Noch ehe der Schiedsspruch verkündet wurde, haben sie sich auf Anruf der „Hungerregierung" zur Stelle gemeldet. Der Severing hat laut und deutlich erklärt, daß in dem kommenden Hungerwinter „Gummiknüppel und härtere Waffen" eine große Rolle spielen werden. So löst die SPD. und die Gewerkschaften die „Arbeitslosenfrage". Proleten, die solchen Organisationen noch angehören, kann man wirklich nicht bedauern, wenn ihnen der Gummiknüppel, den der eiserne „Genossse" kommandiert, auf dem Nischel tanzt, oder wenn ihnen eine Kugel durch die leeren Gedärme fährt.

Das Vertrauensvotum der Brüning-Regierung schließt nicht nur die zynische Bereitschaft, in die verhungernden Massen hineinfeuern zu lassen, daß die Fetzen fliegen, wenn sie sich gegen das Hungerregime auflehnen, ein. Es schließt auch ein, das „Finanzprogramm" durchzuführen. Dazu gehört der Lohnabbau auf der ganzen Linie. Die Gewerkschaften haben Erfahrungen darin, wie das gemacht wird.

Vor allen Dingen müssen sie so tun, als ob sie etwas wollten! Sonst wäre die Gefahr akut geworden, daß sich im ganzen Proletariat die Front formiert und darauf aus sich die Entscheidung zugespitzt hätte. Um das zu verhindern, wurde eine Metallarbeiter„frage" daraus gemacht. Und die KPD. stülpte sich ihre rote Clownmütze auf, und brüllte mit, daß die Metallarbeiter und so . . . irgendwo geisterte das nie greifbare Gespenst einer R.G.O. herum und verwirrte die Köpfe noch mehr. Nun werdens die Metallarbeiter bestimmt schaffen!

Die Gewerkschaftsbonzen rieben sich die schmierigen Hände. Sie wußten, ist die Frage des Generalangriffs der Bourgeoisie auf das Proletariat erst zu einer Metallarbeiterangelegenheit reduziert, ist das Spiel schon halb gewonnen. Aus ihren Phrasen: „Keinen Pfennig Lohnabbau" ertönte die hehre Frage, die Metallarbeiter erst auszutragen, dann ein verwirrendes Abstimmungsmanöver zu inszenieren, um zuletzt dann die Angstspsychose um den Arbeitsplatz auszunützen, den Schiedsspruch abzuschließen. Bis er verbindlich erklärt wird, vergehen dann noch einige Tage oder Wochen. Und dann laßt die Kanaille toben! Sollten einige Widerspenstige aus der Reihe tanzen, um Arbeitslose austauschen. Es sorgt man zu gleicher Zeit für die Ausrottung mißliebiger Elemente, die die Demokratie bedrohen.

Dieser Plan ist gelungen. Daß er so geglückt ist, daran trägt die KPD. ein gerüttelt Maß an Schuld. Ihre Kopflosigkeit ging sogar soweit, nach der völligen Niederlage noch zu plärren: „Es wird weiter gestreikt!", um anderen Tags dann kopflos und blamabel den Rückzug anzutreten.

Auch das wäre noch zu verzeihen, wenn diese Partei die innere Kraft hätte, die Lehren zu ziehen, daß die Klassengegensätze sich so zugespitzt haben, daß die proletarische Front zum Entscheidungskampf aufgerichtet werden muß. Statt dessen versucht sie ein organisatorisches Vabanquespiel lächerlichster Art. Den „roten Metall-Vabanquespiel lächerlichster Art. Den „roten Metallarbeiterverband". Sie reduziert die Frage des Kampfes der Arbeiterschaft zu einem solchen von einer neuen Metallarbeitergewerkschaft, neben den unzähligen anderen Zunftgewerkschaften, und noch dazu zu einer „Berliner" Gewerkschaft. Natürlich mit allem Zubehör: Abschluß von „kurzfristigen Tarifen" usw. Zu dem Rohrleger[illegible]verband, zu dem „revolutionären Bauarbeiterverband" kommt also noch eine besondere Berliner Pflanze, rot aufgetakelt, — aber sie möchte nicht sagen was sie ist, von was sie lebt, was sie treibt. „R.G.O." und „Roter Metallarbeiterverband" schwimmen in einem Leitartikel zehnmal durcheinander. Das letzte Ziel ist doch wieder der Verschmelzungstermin mit der alten Mutter.

Sollte das Proletariat nicht endlich begreifen, daß es nur selbst, nur als Klasse diesem parlamentarisch-gewerkschaftlichen Kretinismus ein Ende bereiten kann? Daß dieser Kretinismus nur die Steigbügel sind, auf denen die Severing und Konsorten reiten können, weil dadurch die Tragödie des Proletariats doch nur zur Farce wird?

Sollen noch Hunderttausende Erschossener erst mit ihrem Blute besiegeln müssen, daß die Befreiung des Proletariats nur sein eigen Werk sein kann?